

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Mifflinghaus, Berlin.  
Telefon: Emil Döbhoff 4196/4198



Adressen für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6  
Druckerschrift: Capotoni

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung höherer als 4 Bogen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders bestimmt ist, ist untersagt für beide Fälle in Berlin.

Berlin, den 1. April 1930

Kampfkabinetts Brüning.

lit. Institut  
Soz. Geschlechts  
Amsterdam

SPD. So kurz die Erklärung auch ist, mit der die Regierung Brüning sich am Dienstag dem Reichstag vorgestellt hat, so klar ist die dadurch geschaffene politische Situation. Mit grosser Mehrheit hat daher die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Beschluss gefasst, ein einfaches Misstrauensvotum gegen die Regierung zu stellen. Denn zwischen dieser Regierung und der Sozialdemokratie besteht ein Kampfzustand, der die weitere Entwicklung der deutschen Politik entscheidend beeinflussen wird.

Schon die Entstehungsgeschichte und die Zusammensetzung der jetzigen Regierung beweisen, dass sie keine Fortsetzung der bisher amtierenden Regierungskoalition darstellt. Zwar möchte Herr Dr. Brüning diesen Eindruck gern hervorrufen. Aber die Tatsache, dass diesem Kabinetts drei Männer der Rechten angehören, die bis in die jüngste Zeit hinein in allen entscheidenden politischen Fragen den Standpunkt der Rechten vertreten haben, ist ein zu deutlicher Gegenbeweis als dass er übersehen werden könnte. Die Art und Weise, wie dieses Kabinetts zustande gekommen ist, macht die Kurschwankung ebenso deutlich wie der unmittelbare Anlass, der den Rücktritt der früheren Regierung herbeigeführt hat.

Man braucht dem Wortlaut von Erklärungen der Regierung keine übertriebene Bedeutung beizumessen. Das gilt besonders von Erklärungen von Koalitionsregierungen, in denen nie eine einheitliche Meinung besteht und die deshalb stets nach möglichst vieldeutigen Formulierungen suchen. Auch für die Erklärung der neuen Reichsregierung trifft das zu, zumal sie zu vielen wichtigen und aktuellen Fragen der deutschen Politik überhaupt keine Stellung nimmt. Nichts ist in ihr enthalten über das Schicksal des polnischen Handelsvertrages, der von der vorigen Reichsregierung vereinbart worden ist und der für die Belebung der deutschen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung ist. Das Schweigen hierüber ist umso bezeichnender, weil man weiss, dass die drei neuen Männer bisher entschiedene Gegner dieses Handelsvertrages waren.

Umso bedeutsamer ist die Regierungserklärung in jenen Teilen, in denen die Abweichung von dem Programm der bisherigen Reichsregierung offen dargelegt ist. Die neue Reichsregierung übernimmt zwar das finanzielle Sanierungsprogramm ihrer Vorgängerin und bezeichnet es ausdrücklich als eine untrennbare Einheit. In diesem Programm aber war die Arbeitslosenversicherung ein wesentlicher Bestandteil. Nicht nur in dem Sinne, dass durch die ursprünglichen Vorschläge der Reichsregierung die bisher gewährten Leistungen an die Versicherten aufrecht erhalten werden sollten, sondern auch dadurch, dass durch Beitragserhöhungen und Reichszuschüsse das finanzielle Gleichgewicht der Versicherung hergestellt und der Reichsetat von unvorhergesehenen Anforderungen entlastet werden sollte. Gerade hieran hält aber die neue Regierung nicht fest. Dieser Teil des Programms wird entsprechend den Forderungen der Unternehmer und der Deutschen Volkspartei fallen gelassen. Die Reichsregierung will zwar an den beabsichtigten Erhöhungen der Verbrauchssteuern und der Senkung der Besitzsteuern festhalten, die Sanierung der Arbeitslosenversicherung aber preisgeben.

Ebenso wichtig ist die andere Abweichung, die das Kernstück der neuen Regierungserklärung darstellt und die die Spuren des deutschnationalen Landbundführers Schiele auf das deutlichste erkennen lässt. Es soll ein umfassendes Hilfswerk für den Grossgrundbesitz in die Wege geleitet werden. Und wenn auch Herr Brüning bisher Einzelheiten darüber nicht mitgeteilt hat, so kennt man doch sowohl die Vorschläge als auch das Ziel von Herrn Schiele: uferlose Zollerhöhungen, die nur der Grosslandwirtschaft helfen sollen, die die bäuerlichen Wirtschaften schwer gefährden, die die Lebenshaltung der Konsumenten verteuern, die die Handelsbeziehungen zu anderen Ländern stören und erschüttern, neue Arbeitslosigkeit hervorrufen und die Staatsfinanzen erheblich in Anspruch nehmen. Das sind die Mittel und die Ergebnisse, mit denen die Mitarbeit von Schiele und Treviranus in der neuen Regierung erkaufte werden musste.

Herr Dr. Brüning weiss, dass eine solche Politik auch im jetzigen Reichstag auf grosse Widerstände stösst und nur schwer durchgesetzt werden kann. Daher hat er angekündigt, dass die Regierung entschlossen sei, auch vor aussergewöhnlichen Massnahmen nicht zurückzuschrecken. Das ist die Ankündigung, die neue Agrarpolitik mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung durchzusetzen. Für die Sanierung der Reichsfinanzen ist ebenfalls die Anwendung des Artikel 48 geplant. Wir haben wiederholt dargelegt, dass Artikel 48 nur bei Störung von öffentlicher Ordnung und Sicherheit Anwendung finden kann und diese Voraussetzung gegenwärtig nicht erfüllt ist. Gilt das bereits für die Massnahmen zur Sanierung der Reichsfinanzen, so gilt es in ungleich höherem Umfang von Massnahmen, die dem Schutz des Grossgrundbesitzes dienen sollen. Anwendung des Artikels 48 ist daher nichts anderes als ein glatter Verfassungsbruch, herbeigeführt, um unbequeme parlamentarische Machtverhältnisse willkürlich zu verändern.

Herr Dr. Brüning mag geglaubt haben, durch eine solche Dröhnung die klare und entschiedene Haltung der Sozialdemokratie beeinflussen zu können. Das war ein grosser Irrtum. Die Oppositionsstellung der Sozialdemokratie, hervorgerufen durch die Absicht der bürgerlichen Mittelparteien, die Arbeitslosenversicherung einzuschränken, mindert in keiner Weise die Pflicht, die Verfassung zu achten und die parlamentarischen Möglichkeiten zur Erledigung politischer Aufgaben zu erschöpfen. Daher warnen wir die Regierung, Wege zu gehen, die nur zur Verschärfung der Spannungen führen können.

-----

SPD. Mailand, 1. April (Eig. Drahtb.)

Der faschistische Grossrat hat beschlossen, dass in Zukunft alle Rektoren der Universitäten, die Dekane der Fakultäten und die Leiter der medizinischen Kliniken nur aus Persönlichkeiten gewählt werden dürfen, die seit mindestens fünf Jahren der faschistischen Partei angehören. Ausserdem sollen sämtliche Studenten in Zukunft eine militärische Vorbereitung erhalten. U.a. ist ferner geplant, 3 000 Schwarzhemden schon demnächst mit Gewehren auszurüsten.

-----

SPD. Das von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschlossene Misstrauensvotum gegen das Kabinett Brüning lautet:

"Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages."  
Der Antrag wird dem Reichstag am Mittwoch zugehen.

-----

SPD. Dresden, 1. April (Eig. Drahtb.)

Die Deutsche Volkspartei Sachsens hat auf den Brief des Landesvorsitzenden der Demokratischen Partei Sachsens, Reichstagsabgeordneten Kütz wegen der Bildung der Grossen Koalition folgende Antwort erteilt:

"Landesvorstand und Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei in Sachsen sind in ihrer gestrigen gemeinsamen Sitzung zu der Auffassung gelangt, dass - nach dem Sturz der Regierung Büniger und nach dem ergebnislos unternommenen Versuch der Neuwahl eines Ministerpräsidenten - Verhandlungen über die Bildung einer neuen Sachsenregierung aussichtslos sein müssten, wenn nicht vorher Klarheit über die wichtigsten Aufgaben der Regierung geschaffen wird. Die Deutsche Volkspartei sieht als die wichtigsten Aufgaben der sächsischen Landesregierung die folgenden an: 1) Die Vermeidung jeglicher neuen Belastung der sächsischen Gesamtwirtschaft, 2) Ordnung der Landesfinanzen als oberstes Gesetz der verantwortlichen Staatsführung, 3) Personalpolitik nach sachlichen Grundsätzen, 4) wirksame Bekämpfung der Erwerbslosigkeit, 5) Erleichterung der Gemeinden auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege durch andere Lastenverteilung, 6) Förderung des Wohnungsbaues mit dem besonderen Ziel der Belebung der privaten Bautätigkeit. Als stärkste bürgerliche Partei des Landes fordern wir in besonderem Masse die Verantwortung dafür, dass diese Programmpunkte als Richtlinien für die Tätigkeit einer neu zu bildenden Regierung zu gelten haben. Wir wären der deutschen Demokratischen Partei dankbar, wenn sie uns mitteilen wollte, wie sie sich zu diesen Forderungen als Grundlage für die Bildung einer neuen Regierung stellt."

SPD. Die Automobilfabrik Komnick in Elbing hat ihre Zahlungen einstellen müssen. Das Unternehmen wurde Ende vorigen Jahres mit Hilfe der öffentlichen Hand saniert und bei der bevorstehenden Regelung dürften ungefähr 1,6 bis 1,8 Millionen Mark an öffentlichen Geldern verloren gehen. Neben dem Reich ist die Stadt Elbing der leidtragende Teil.

Die Komnick A.-G. entschloss sich zur Zahlungseinstellung, weil die Reichsregierung eine Sperrung der Subventionen angeordnet hatte. Vorangegangen ist eine Revision des Betriebes durch eine Treuhandgesellschaft. Auf Grund dieser Überprüfung kam die Reichsregierung zu der Auffassung, dass eine weitere Hergabe von Mitteln nicht mehr zu verantworten sei. Damit halten sich die in Frage kommenden Stellen an die Marschroute, die der Reichstag in der Angelegenheit der Komnick A.-G. gegeben hat. Als die Sanierung der Komnick A.-G. im Haushaltsausschuss des Reichstages beraten wurde, stellten sich die sozialdemokratischen Vertreter bei allem Verständnis für die Notlage, insbesondere für die Notlage der Arbeiterschaft im bedrohten Ostgebiet auf den Standpunkt, dass angesichts der misslichen Lage der Firma Komnick der Reichsregierung nicht ohne weiteres ein Auftrag zur Hergabe von Geldmitteln an die Komnick A.-G. gegeben werden dürfte. Der Haushaltsausschuss des Reichstages ermächtigte deshalb die Reichsregierung auf Antrag der Sozialdemokratie nur zur Hergabe neuer Geldmittel, wenn eine nochmalige Prüfung die Kreditwürdigkeit und Kreditfähigkeit der Komnick A.-G. ergebe. Die sozialdemokratischen Vertreter wollten durch diese Regelung vermeiden, dass an bestimmte Personen Subventionen gezahlt werden und die Garantie schaffen, dass der Fortbestand des Unternehmens wirklich gesichert würde.

Da die Überprüfung des Betriebes aber die Unmöglichkeit ergeben hat, die Komnick A.-G. zu halten, war der Schritt der Reichsregierung, die weitere Hergabe von Mitteln an die Komnick zu sperren, geboten !

SPD. Halle, 1. April (Eig. Drahtb.)

Der Provinzialausschuss der Provinz Sachsen hat sich am Dienstag mit der Ernennung des Ministerialdirektors Dr. Falk (Dem) zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und der Ernennung des sozialdemokratischen Bürgermeisters Weber-Halberstadt zum Regierungspräsidenten in Magdeburg einverstanden erklärt.

SPD. Paris, 1. April (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag waren über die Kutiepoff-Affäre in Paris wieder zahlreiche widersprechende Gerüchte im Umlauf. Während die Polizei durch die ihr nahe stehenden Blätter, wie die "Liberté", verkünden liess, dass sie die Namen der angeblichen Entführer des Generals bereits kenne und in wenigen Tagen auch veröffentlichen werde, - einer der Täter soll sich angeblich bei der Polizei gemeldet und seine Komplizen, darunter einen bekannten Politiker verraten haben - ergehen sich andere Blätter wie z.B. die kommunistische "Humanité", in Vermutungen über etwaige Zusammenhänge zwischen dem geheimnisvollen Besuch des Petroleumkönigs Deterding bei Tardieu. Deterding war einer der Hauptdrahtzieher der Hetze gegen den ehemaligen Sowjetbotschafter in Paris Rakowski, die schliesslich zu dessen Abberufung führte.

Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass er auch bei der Hetze gegen den jetzigen russischen Botschafter Dowgalewski die Hand im Spiele hat. Mit anderen Worten: In der Kutiepoff-Affäre beginnt es nach Oel zu riechen.

SPD. Halle, 1. April (Eig. Drahtb.)

Das Schwurgericht Halle verurteilte am Dienstag 5 Mitglieder der kommunistischen Jugend wegen Körperverletzung zu insgesamt 14 Jahren Gefängnis. Die Kommunisten hatten im Dezember des vergangenen Jahres einen Stahlhelmann überfallen, zu Boden geschlagen und mit einem Dolch so schwer verletzt, dass der Überfallene bald darauf starb.

Im Verlauf des Prozesses wurde festgestellt, dass die kommunistischen Jugendmitglieder an dem betreffenden Abend in dem kommunistischen Druckereigebäude zu einer Abendunterhaltung versammelt waren. Auf die Nachricht hin, dass ein Mann in Uniform die Strasse entlang komme, erfolgte der Überfall. Der Hauptangeklagte erklärte bei seiner Vernehmung, dass die Parole des kommunistischen "Klassenkampfes" in Halle: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft" die Beweggründe zu seiner Tat gewesen seien. Der Staatsanwalt wies deshalb in seinem Plädoyer darauf hin, dass die intellektuellen Urheber der Bluttat in der Redaktion des kommunistischen Blattes in Halle sassen.

SPD. Die Reichsregierung hat in ihrer Regierungserklärung deutlich mit der eventuellen Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung zum Erlass von Finanzgesetzen usw. gedroht. Artikel 48 der Reichsverfassung, Absatz 2 und Absatz 3 lautet :

"Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Massnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten...."

Von allen gemäss Absatz 1 oder Absatz 2 dieses Artikels betroffenen Massnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Massnahmen sind auf Verlangen des Reichstags ausser Kraft zu setzen."

Man muss dem Wortlaut dieses Artikels Gewalt antun, um daraus eine Berechtigung des Reichspräsidenten abzuleiten, mit Hilfe des Notverordnungsrechts ein Bukett von Steuergesetzen in Kraft zu setzen. Es ist nicht einzusehen, wieso die öffentliche Sicherheit und Ordnung gestört sind, und wieso eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit in der Tatsache liegt, dass sich keine Regierungsmehrheit für einen Anschlag auf die Arbeitslosenversicherung finden liess.

Was das Kabinett Brüning plant, ist eine gegen das Gesetz verstossende Auslegung dieses Artikels. Es ist gewiss eine Tatsache, dass für das Finanzkompromiss, wie es der Kern dieser neuen Koalition vorschlug, eine Mehrheit nicht gegeben war - aber ebenso ist es Tatsache, dass nicht einmal der Versuch unternommen worden ist, die Herstellung einer Mehrheit für eine andere Lösung im Plenum des Reichstags zu versuchen.

Man muss sehr kühne Auslegungskünste anwenden, um die Inkraftsetzung der für den Etat 1930 notwendigen Deckungsgesetze durch Präsidentendekret in Einklang mit dem Gesetz zu bringen - jeder Versuch aber, das weiter in die Zukunft blickende Brüningsche Kompromiss über die Arbeitslosenversicherung mit Hilfe des Art. 48 zu verordnen, ist glatt ungesetzlich.

Der Reichskanzler Brüning hat diesen Verfassungsbruch angekündigt. Er will den Willen einer Minderheitsgruppe gegen einen Mehrheitswillen des Parlaments und des Volkes durchsetzen, den Artikel 48 zu einem Instrument der sozialen Reaktion gegen das demokratische Recht des Volkes herabwürdigen!

Ebenso verfassungsverletzend wäre die Anwendung des Artikels 48 zur Durchführung der Schieleschen Agrarforderungen. Hier liegt der Fall noch klarer. Eine Reichstagsmehrheit hat soeben einschneidende und kostspielige Gesetze beschlossen, die in Kraft getreten sind. Nun soll mit Hilfe des Artikels 48 eine Diktatur des ostelbischen Grossgrundbesitzes gegen eine gesetzgebende Mehrheit des Reichstags errichtet werden! Wenn Herr Brüning diese Absicht durchführen wollte, würde er den Boden der Gesetzlichkeit verlassen und einen Staatsstreich wagen, für dessen Konsequenzen er im vollen Umfange persönlich verantwortlich sein würde!

Wir warnen noch einmal eindringlich vor diesem Spiel mit dem Feuer, und wir glauben, dass Herr Brüning bei dem Bruch der Verfassung wohl des Beifalls der Deutschnationalen sicher wäre, nicht aber einmal der restlosen Unterstützung seiner Koalition von heute. Wir warnen umsomehr als die Möglichkeiten zur parlamentarischen Erledigung der dringendsten Aufgaben keineswegs erschöpft sind, weil die Sozialdemokratie nach wie vor zur Mitverantwortung in der Regierung bereit ist.

SPD. München, 1. April (Eig. Drahtb.)

An dem Programm der neuen Reichsregierung hat die Bayerische Volkspartei vor allem auszusetzen, dass sie den alten Moldenhauerschen Finanzplan einschliesslich der 75 prozentigen Erhöhung der Biersteuer ohne Änderung angenommen hat. Nach den Feststellungen der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz ist anzunehmen, dass die Bayerische Volkspartei auch innerhalb der neuen Regierungskoalition dieses Finanzprogramm ablehnen wird. Die Korrespondenz schreibt dazu:

"Die Bayerische Volkspartei hat dieses Finanzprogramm abgelehnt nicht etwa nur wegen der für die in dieser Form nicht tragbaren Biersteuererhöhung, sondern wegen seines Gesamtinhaltes, der nicht ausreicht, um eine wirkliche Sanierung der öffentlichen Finanzwirtschaft in Deutschland in die Wege zu leiten. Es kann nicht verhehlt werden, dass bei allen guten Wünschen, die man in Bayern für das Gelingen der grossen Regierungsaufgabe des neuen Kabinetts hegt, die erste Kundgebung dieser neuen Regierung nicht ausreicht, um die Sorgen zu zerstreuen, von der sich nun einmal eine auch an die Zukunft Bayerns denkende Politik nicht freimachen kann."

SPD. Das Kabinett Brüning findet nicht einmal die Zustimmung jener Parteien, die in ihm durch Minister vertreten sind. Die Bayerische Volkspartei hat inzwischen offiziell erklären lassen, dass sie garnicht daran denkt, das Finanzprogramm dieser Regierung zu schlucken. Die Deutsche Volkspartei wird sich am Mittwoch in einer Erklärung von den Plänen der Regierung zur Arbeitslosenversicherung distanzieren. Auch die Demokraten sind alles weniger als einverstanden und melden bereits jetzt eine ganze Reihe von Vorbehalten an. So schreibt z.B. der "Demokratische Zeitungsdienst":

"Wenn die Demokraten diese Regierung jetzt arbeiten lassen, so ist das allerdings an ganz bestimmte Voraussetzungen gebunden, u.a. an die Voraussetzung, dass kein Missbrauch mit dem Artikel 48 getrieben wird. Wenn überhaupt, so darf dieser Artikel nur streng im Sinne der Verfassung angewandt werden, nämlich nur zur Beseitigung unmittelbarer Notstände, keineswegs aber dürfen mit Hilfe dieses Artikels nur deshalb Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden, weil der Reichstag solche Beschlüsse nicht fassen würde."

Diese Forderung der Demokraten scheint uns insofern überholt, als der Entschluss der Regierung, mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung Missbrauch zu treiben, weil der Reichstag bestimmte von ihr als Minderheitsregierung geforderte Beschlüsse nicht fassen will, feststeht. Der Zeitpunkt zu einer Kampf-ansage der Demokraten an die Regierung Brüning wäre danach, wenn die demokratische Forderung nicht als leeres Gerede betrachtet werden soll, bereits gegeben!

SPD. Paris, 1. April (Eig. Drahtb.)

Eine der für Deutschland peinlichsten Hinterlassenschaften des Krieges, die Reparationskommission, hat am Dienstag offiziell zu existieren aufgehört, nachdem die Ratifikation des Young-Plans ihr das Todesurteil gesprochen hat. Das gesamte Personal hat am Montag abend seine Entlassung bekommen, nur ein kleiner Teil wird noch für einige Wochen im Dienste belassen, um die Liquidierung des riesenhaften Archivs und des sonstigen technischen Apparates durchzuführen. Der feierliche Schlussakt der Reparationskommission und die offizielle Ankündigung ihrer Auflösung wird Mitte April erfolgen, im Rahmen einer Sitzung, der zum ersten und letzten Mal ein deutsches Mitglied beiwohnen wird: nämlich der Vorsitzende der deutschen Kriegslastenkommission Dr. Ruppel. Bei dieser Gelegenheit wird auch die vollzogene Gründung der Internationalen Zahlungsbank verkündet werden, die bis dahin bereits das im Haager Abkommen bestimmte Schuldverschreibungs-Zertifikat von Deutschland erhalten haben wird. Man hofft, dass bis zu diesem Termin auch die leidige Frage der Ostreparationen endlich eine Lösung gefunden haben wird.

Das Personal der Reparationskommission wird teils dem Beamtenstab zur Durchführung des Gesetzes über die Sozialversicherungen einverleibt, teils von der Zahlungsbank übernommen werden. Die Archive, die sich auf mehrere tausend Tonnen Gewicht belaufen, wurden an Altpapierhändler verkauft. In die Büroräume der Kommission zieht in Kürze das neue französische Ministerium für öffentliche Gesundheit ein.

In einigen Tagen wird die Reparationskommission nur noch eine historische Erinnerung darstellen, die Erinnerung an zehn schwere Nachkriegsjahre in der Geschichte Europas, zehn Jahre auf dem Wege zum Völkerfrieden vom Versailler Diktat bis zum Young-Plan.

SPD. Dresden, 1. April (Eig. Drahtb.)

In der Dienstag-Sitzung des sächsischen Landtages wurde der Antrag auf Lar tagsauflösung gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

SPD. Leipzig, 1. April (Eig. Drahtb.)

In Brandis kam es nach einer nationalsozialistischen Versammlung zu Zusammenstößen zwischen Anhängern der KPD und Nationalsozialisten, in deren Verlauf das Leipziger Überfallkommando eingesetzt wurde. Da es sich als zu schwach erwies, musste Verstärkung herbeigeholt werden, die mit einem Steinhagel überschüttet wurde, sodass sich energisches Einschreiten nötig machte. Mehrere Rowdies wurden verhaftet. Zahlreiche Beamte und Nationalsozialisten erlitten Verletzungen.

Während der Ausschreitungen brachen Kommunisten in ein Transformatoren-Haus ein und setzten die Stadt durch Ausschalten des Stromes in Dunkelheit. Ein Beamter, der in der Finsternis abgedrängt wurde, musste, um sich zu befreien, von der Schusswaffe Gebrauch machen.

-----

SPD. Die in der Regierung vertretenen Parteien werden am Mittwoch zu dem Programm des neuen Kabinetts Einzelklärungen abgeben. Die anfängliche Absicht eine gemeinsame Erklärung verlesen zu lassen, scheiterte an den Meinungsverschiedenheiten zwischen den in der Regierung vertretenen Fraktionen.

+ + +  
Die Abstimmung über das Misstrauensvotum der Sozialdemokratie wird frühestens am Donnerstag erfolgen. Am Mittwoch-Vormittag wird sich der engere Vorstand des Landbundes mit der politischen Lage befassen. Nachmittags um 5 Uhr soll der Gesamtvorstand des Landbundes zu der Situation Stellung nehmen. Die in der Regierung vertretenen Parteien werden deshalb nach Abschluss der Debatte Vertagung auf Donnerstag beantragen.

Vor der Entscheidung des Landbundes dürfte die deutschnationale Reichstagsfraktion, in der bereits am Dienstag für und wider die Regierung Brüning heftig gekämpft wurde, ihre Stellungnahme nicht endgültig festlegen.

-----

SPD. London, 1. April (Eig. Drahtb.)

MacDonald erklärte am Dienstag im Unterhaus über die Flottenkonferenz, dass die englische Regierung keineswegs beabsichtige, irgendwelche Verbindlichkeiten auf sich zu nehmen, die über die Verpflichtungen aus dem Völkerbundsstatut und den Locarno-Verträgen hinausgingen. Frankreich verlange keineswegs die Übernahme neuer Verpflichtungen von den übrigen Mächten.

Auf eine Anfrage, ob diese Erklärung so zu verstehen sei, dass es keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen Engländern und Franzosen hinsichtlich des Mittelmeerpaktes gebe, verweigerte der Ministerpräsident die Antwort.

-----

SPD. Der Handelsvertrag mit Polen soll nach einem Beschluss der Reichsregierung in der vorliegenden Fassung dem Reichstag zur Verabschiedung zugehen. Auf einen entsprechenden Hinweis in der Regierungserklärung wurde mit Rücksicht auf die deutschnationale Fraktion, die diesen Vertrag bisher auf das Entschiedenste bekämpft und als "Verrat an der Landwirtschaft" bezeichnet hat, verzichtet.

SPD. Rotterdam, 1. April (Eig. Drahtb.)

Der 7800 Tonnen Dampfer "Binnendijk" der Holland-Amerika-Linie treibt seit Dienstag 700 Seemeilen westlich der Azoren hilflos umher. Die Steuer-richtung des Schiffes wurde während eines schweren Sturmes so beschädigt, dass das Schiff manövrierunfähig wurde.

-----

SPD. Köln, 1. April (Eig. Drahtb.)

Alkohol und eine Tafel Schokolade wurden einer grossen Schmugglerbande in Köln zum Verräter. Ein betrunkenener Chauffeur verursachte mit seinem Wagen in einer der belebtesten Strassen Kölns eine grosse Verkehrsstörung. Der Schutzmann, der den Chauffeur deswegen belangte, fand in dem Auto eine Tafel belgischer Schokolade. Eine Untersuchung der Polizei ergab, dass der Wagen in letzter Zeit elfmal von einem Antoverleiher zu Fahrten nach Belgien entliehen wurde und von dort grosse Mengen Kaffee, Tabak, Tee, Zigaretten, Schokolade usw. nach Köln geschmuggelt worden sind. Die Bande hatte an vier Stellen in Köln grosse Niederlagen errichtet. Die Zigaretten und den Tabak setzten sie hauptsächlich vor den Arbeitsämtern an Arbeitslose ab. Bisher konnte die Polizei vier Mitglieder der Schmugglerbande festnehmen.

-----

SPD. Leipzig, 1. April (Eig. Drahtb.)

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Dienstag den 33jährigen Redakteur der kommunistischen Hamburger "Volkszeitung", Kurt Schotzer aus Uelzen wegen versuchten Landesverrats und Spionage zu einem Jahr Festung und zwei Jahren Geßängnis. Ausserdem wurde ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Amter abgesprochen.

Schotzer war verantwortlicher Schriftleiter der Hamburger "Volkszeitung", in der am 11. Juli 1929 ein Artikel "Rüstungsindustrie an der Wasserkante" und am 8. August 1929 ein Artikel "Kriegsvorbereitung an der Nordseeküste" erschienen waren. In diesen Artikeln erblickt die Oberreichsanwaltschaft Landesverrat.

-----

SPD. Am Dienstag wurde der neu ernannte sozialdemokratische Ministerialdirektor Hermann Meyer (Solingen), M.d.L., durch den Preussischen Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer in sein Amt eingeführt. Ministerialdirektor Meyer übernimmt die Leitung der Abteilung Wohnungs- und Siedlungswesen im Pr. Wohlfahrtsministerium.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Reichstags-Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, 1. April (Eig. Bericht)

Von den 17 Regierungen, die wir seit dem Umsturz in Deutschland erlebten, hat das Kabinett Brüning sich am Dienstag wohl am schmucklosesten eingeführt. Die ganze Reichstags-sitzung dauerte nur 20 Minuten. Davon gingen noch einige Minuten für Formalien und Geschäftsordnungsbemerkungen ab.

Reichskanzler Dr. Brüning sass mit gesenkten Augen an der Spitze der Regierungsbank: Während er sein Programm verlas, war sein Blick unverwandt auf das Manuskript gerichtet. Er vermied, dem Parlament, das er mit Auflösung bedrohte, in die Augen zu sehen. Seine Vorlesung war matt und schwunglos. Nur bei einem Satz erhob er die Stimme, als er ankündigte, dieses Kabinett sei der letzte Versuch, die dringenden Aufgaben in diesem Reichstage zu lösen. Also Neuwahlen, wenn nicht die Mehrheit des Parlaments sich hinter die Regierung einer Minderheit stellt. Also Ausnahmezustand, wenn sich eine Mehrheit für das Misstrauensvotum findet und es ablehnt, dem Druck einer Minderheit zu folgen. Da nirgendwo Ordnung und Sicherheit im Lande gestört ist, würde die Verhängung des Ausnahmezustandes einen schweren Verfassungsbruch bedeuten. Das wird Herrn Reichskanzler Dr. Brüning am Mittwoch von dem sozialdemokratischen Debatteredner Dr. Breitscheid sehr deutlich gesagt werden.

Neues brachte die Kanzlerrede nicht. Brüning will schnell handeln. Nicht minder wichtig aber ist, dass er richtig und verfassungsmässig handelt. Aussenpolitisch will er den bisherigen Kurs organisch weiter entwickeln. Die Befreiung des Rheinlandes begrüsst er, aber neben ihm sitzen Schiele und Treviranus, die gegen die Befreiung der Rheinlande gestimmt haben. Innerpolitisch gibt er ein Bekenntnis zur Verfassung von Weimar ab. Jedoch scheint er den Artikel 48 zurzeit für das wichtigste Stück der demokratischen Verfassung zu halten. Die alten Streitpunkte leuchten auf, als er Deckungsprogramm, die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, die Senkung der Steuern und die Sparsamkeitsaktion im Reichshaushalt für ein Ganzes erklärt. Nun folgen die schönen volksgemeinschaftlichen Verbeugungen: an die Arbeiter, an den Mittelstand, an die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft allein aber bekommt reale Versprechungen: neue Zölle und eine grosse Osthilfe. Noch einmal kommt die Versicherung, dass alle verfassungsmässigen Mittel gegen einen widerspenstigen Reichstag angewendet werden sollen. Dann wird ein versöhnlicher Schluss gemacht: sachliche Einstellung allein sichert die Entwicklung des deutschen Vaterlandes.

Herr Brüning tritt ab. Im Zentrum rühren sich einige Hände zum Beifall. Sonst Stille im Haus. Das Schicksal der Regierung bleibt ungewiss.

---

SPD. New Delhi, 1. April (Eig. Drahtb.)

Wie aus Puna gemeldet wird, haben die Gründer einer neuen indischen Partei, die sich hauptsächlich aus Angehörigen der niederen indischen Klassen, der "Unberührbaren" zusammensetzt, ein Manifest erlassen, in dem Gandhi angegriffen wird. Der indische Freiheitsführer wird beschuldigt, seinen Feldzug für eine passive Resistenz aufgenommen zu haben, ohne zuvor alles getan zu haben, um den unterdrückten Klassen Jndiens das Recht des Besuches der Tempel zu sichern und das Prinzip der Unberührbarkeit abgeschafft zu haben.

In Kalkutta kam es am Dienstag zu schweren Unruhen, in deren Verlauf zehn Personen getötet und eine Anzahl Jnder und Europäer verletzt wurden. Den Anlass zu diesen Unruhen bot eine Verordnung, die aus Gründen des Tierschutzes die Verwendung von Zugtieren in den heissesten Stunden des Tages untersagte.

---

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Lob den Gewerkschaften.

SPD. Die kommunistische Taktik den Gewerkschaften gegenüber ist auf Zer-  
störung gerichtet. Sie ist erfüllt von Hass gegenüber den unerschütterlichen  
Massenorganisationen der deutschen Arbeiterschaft. Von dieser hasserfüllten  
Haltung heben sich die nachfolgenden Ausführungen über die Notwendigkeit der Ge-  
werkschaften, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen, sehr merkwür-  
dig ab. Sie lauten :

"Gäbe es keine Gewerkschaften, dann wären die Arbeitszeiten länger und die  
Löhne erheblich niedriger als sie es ohnedies sind. Das beweisen ohne jede Aus-  
nahme die Fälle, in denen es nicht gelungen ist, in bestimmten Betrieben oder Ge-  
schäftszweigen von den Gewerkschaften anerkannte Tarifverträge ins Leben zu ru-  
fen. Werksgemeinschaften und ähnliche gelbe Gebilde sind kein Ersatz für die  
Gewerkschaften. Die Gelben wollen nicht opfern und kämpfen, sondern sich durch  
Unterwürfigkeit und Liebedienerei beim Unternehmer wirtschaftliche Zugeständ-  
nisse erschleichen, sie fallen in der Regel auch danach aus. Es liegt in der  
Natur der Sache, dass es nicht immer die besten Elemente sind, die sich in der-  
artigen Werksgemeinschaften zusammenfinden. Auch unter den Unorganisierten gibt  
es sehr viele, die sich in dieser betont unabhängigen Rolle gefallen, weil  
sie die Gewerkschaftsbeiträge sparen möchten. An den Erfolgen der Gewerkschafts-  
arbeit partizipieren sie sowieso. Die Unorganisierten möchten also ernten ohne  
zu säen. Hat der Literat, der über die Gewerkschaften spottet, schon Gelegen-  
heit gehabt, einen grossen Gewerkschaftsbetrieb gründlicher kennenzulernen,  
weiss er, dass es Gewerkschaften gibt, die über Hunderttausende von Mitglie-  
dern verfügen, dass die Einnahmen und Ausgaben einer solchen Gewerkschaft in  
ihrer Totalität die Ziffern des Haushaltes eines mittleren deutschen Landes  
erreichen und übersteigen? Hat er sich einmal klar zu machen versucht, was es  
heisst, derartige Riesenverbände und die ihnen angegliederten aus eigener  
Kraft geschaffenen wirtschaftlichen Einrichtungen, Produktionsstätten der man-  
nigfachsten Art, Verlagsanstalten, Versicherungs- und Bankabteilungen sachge-  
mäss und rentabel zu leiten? Wir haben manche Wirtschaftsführer, deren Autori-  
tät unbestritten ist, näher kennengelernt, und dürfen sagen, dass sie den klei-  
nen Gewerkschaftsbeamten, die zur Führung ihrer Betriebe bestellt sind, nicht  
das Wasser reichen können. Wir stönen auch nicht an zu sagen, dass sich der  
frühere Gewerkschafter und Sattlergeselle Ebert in seiner Eigenschaft als  
Reichspräsident und Staatsmann mit seinem Nachfolger, dem Generalfeldmarschall  
v. Hindenburg gelinde ausgedrückt mindestens messen konnte."

Diese Ausführungen, die in jedem Satze richtig sind, stammen aus einer  
sehr merkwürdigen Quelle. Sie sind enthalten in einem Aufsatz der Nationalso-  
zialistischen Pressekorrespondenz, herausgegeben von der Reichstagsfraktion der  
Nationalsozialisten. Der Verfasser des Aufsatzes ist wahrscheinlich der natio-  
nalsozialistische Reichstagsabgeordnete Franz Stöhr. Er fordert die National-  
sozialisten auf, in genügend grosser Zahl Mitglieder in den Gewerkschaften zu  
werben und sich dort durchzusetzen. Während also die Kommunisten an der Spreng-  
ung arbeiten sind die Nationalsozialisten bei der berühmten Zellenbildung.  
Nur zu! Das kommunistische Beispiel zeigt, dass die Bindung der Arbeiter, die  
Gewerkschaften angehören, an die grosse Arbeitermassenorganisation stärker  
ist als die kommunistische oder hakenkreuzlerische Phrase!

## Kirchen und Kasernen.

Der Herrmeister des Johanniterordens Oskar Prinz von Preussen, veröffentlicht in der Rechtspresse einen Aufruf an die Söhne des deutschen evangelischen Adels. In diesem Aufruf heisst es:

"Im Kapitel des 4. Februar 1930 ist beschlossen, die Söhne des deutschen evangelischen Adels zum Studium der Theologie anzuregen. Ich wende mich an die Jugend unserer Kreise, an alle die, denen es ernst ist, um die schwerbedrohten Überlieferungen der Väter. Seit Jahrhunderten im Zusammenwirken mit anderen Ständen hat der Adel an dieser Aufgabe, vor allem in der Armee mitgearbeitet. Sind viele unserer lieben alten Kasernen geschlossen: unsere Kirchen stehen noch offen und rufen laut nach Männern, nach treuen Hirten, deren erziehender Dienst unserem armen Volke nie so bitter nötig gewesen ist wie heute."

Die Söhne des deutsch-evangelischen Adels sollen das Kreuz nehmen zum Feldzug gegen die Ungläubigen in Deutschland, damit sie sich wieder wie einst als Herde in die Kaserne drängen lassen. Kirchen und Kasernen - in der einen Hand die Bibel mit dem Kreuz, in der anderen Hand das Schwert, das ist das Christentum wie der deutsche evangelische Adel es auffasst. George Grosz hat das Bild ins Moderne übersetzt! Christus mit der Gasmasken und Kommissstiefeln! Das gilt ihnen als Blasphemie, aber die Zusammenstellung Kirchen und Kasernen, das ist echt-deutsch und christlich.

## Schule der Republik.

Der neue preussische Kultusminister hat in treffenden Worten von der Massensehnsucht nach Bildung und Aufstieg gesprochen. Es wird an der Zeit sein, dass eine gründliche Durchsicht aller Lehrbücher erfolgt, um diese schönen Grundgedanken in der Schule weiter zu tragen. Wir lesen in einem vielgebrauchten konfessionellen Handbuch für Lehrer:

"Der Lehrer muss den Kindern klarlegen, dass die ungleiche Verteilung von Gütern von Gott zugelassen, ja von ihm gewollt ist. Das Glück besteht in der Zufriedenheit mit dem von Gott zugeteilten Lose. Das führt zur Gottesfurcht und zur Wertschätzung der göttlichen Weltordnung."

Das genaue Gegenteil von dem, was der neue Kultusminister anstrebt! Nicht anders steht um die Durchführung jener Verfassungsbestimmung, die die Erziehung der Kinder zur Verständigung der Völker fordert. In dem Lehrheft "Gutes Deutsch" für Kinder von 10 bis 12 Jahren bestimmt, und bearbeitet nach den Richtlinien des Ministeriums ist ein Übungsstück enthalten: "Morgen ist Kriegerfest." Darin heisst es:

"Der Oberst sprengt auf einem schmucken Hengst heran zur Spitze des Zuges. Blinkende Orden schmücken seine Brust und das Feuer der Begeisterung leuchtet aus seinen Augen. Kecke Jungen springen dem Zuge voran."

Da ist ein reiches Tätigkeitsfeld für den neuen Minister des Innern. Er findet Berge von Wust vor, die auszukehren sind.

## Der Nazi-Baedeker.

Wir lesen im "Nationalsozialist": Der Nazi-Baedeker ist ein merkwürdiges Buch, er ist nämlich nie geschrieben worden. Er ist das ungeschriebene Gesetz von der Wechselwirkung zwischen eigenem Instinkt und der Physiognomie des anderen. Er hält sich nicht bei den Backenknochen und Schlitzaugen an sich auf, sondern bei dem, was diese niedrigen Kennzeichen im Augenblick gerade ausdrücken. Müllers Knochen können einen zur Wut reizen, Meyers dagegen sind angenehm, sie durften gar nicht fehlen." Das ist die erhabene Weisheit der Hakenkreuzpolitik: Deine Nase gefällt mir nicht, also schlage ich sie ein. Frei nach Wilhelm der den Chinakriegern zusprach: Duldet nicht, dass Euch ein Chinese schief ansieht.

# Aus aller Welt

## Das Geheimnis des Erbschleichers.

Der Tod des Farmers Mazata - Aufklärung eines furchtbaren Justizirrtums -  
Das Rätsel einer Liebesnacht - Geldgier treibt zum Verbrechen.

SPD. Dieser Tage starb der mexikanische Farmer Jose Mazata. Er hinterliess Aufzeichnungen, die das Licht schrecklicher Wahrheit auf einen Fall werfen, der sich im Jahre 1900 zugetragen hat. In diesem Jahre wurde der Spanier Cochez vom mexikanischen Gericht zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Diese Strafe ist in einem furchtbaren Justizirrtum begründet. Tatsächlich war Cochez unschuldig. Der Verurteilte erlebt die Rechtsfertigung, die ihm jetzt zuteil wird, nicht mehr. Er starb im dritten Jahr nach seiner Einlieferung in den Kerker.

Mazata schildert in seinen Aufzeichnungen, wie er als wohlhabender Farmer in den neunziger Jahren in der Nähe der Stadt Mexiko zusammen mit seiner verwaissten Cousine Lupe lebte. Er war damals ungefähr 25 Jahre alt, Lupe hingegen, die Erbin von etwa 100 000 Peso, noch ein halbes Kind, dessen Vermögen zu verwalten Mazata beauftragt war. Der junge Farmer hatte die Absicht, später seine Cousine zu heiraten, um auf diese Weise in den Besitz ihres grossen Vermögens zu gelangen. Auf Schritt und Tritt beaufsichtigte er das Mädchen, schlimmer noch: er schloss sie aus dem allgemeinen öffentlichen Leben aus und hielt ihr jedes Ereignis fern, das sie für beschränkte oder dauernde Zeit hätte aus seinem Hause führen können. Wusste das Mädchen auch nichts von den berechnenden Absichten seines Vermögensverwalters, so spürte es doch, dass man es von der Aussenwelt abspernte und begriff, dass es eben heimliche Wege zu gehen habe, um zu seinem Recht zu kommen.

Eines Tages lernte Lupe einen sehr schönen jungen Spanier kennen, verliebte sich in ihn, fühlte ihre Zuneigung erwidert und fand des öfteren auch Gelegenheit zur Bekundung dieser Zuneigung. Aber Mazata kam bald dem Abenteuer seiner Cousine auf die Spur, ohne dass Lupe oder ihr Auserwählter merkten, dass sie beobachtet wurden. Der Farmer ersann indes einen Plan hinterlistigster Gemeinheit, um den ungebetenen jungen Mann, eben jenen Cochez, aus Lupes Nähe zu entfernen, und zwar gründlich zu entfernen.

Mazata liess Cochez durch gedungene Leute bei der Regierung der Spionage verdächtig erscheinen. Als bei der Anleiheaufnahme Mexikos im Jahre 1899 wichtige Dokumente verschwanden, wurde Cochez der Mittäterschaft bezichtigt und festgenommen. Mazatas Leute behaupteten damals, Cochez zur fraglichen Zeit an einem Ort gesehen zu haben, an dem seine Anwesenheit dringend verdächtig erscheinen musste. In Wirklichkeit hatte Cochez mit Politik nicht das Geringste zu tun. Zur kritischen Zeit hielt er sich ganz einfach bei seiner Geliebten auf. Was wäre nun, zum Beweise seiner Unschuld, einfacher gewesen, als dass Lupe für Cochez gezeugt hätte, auch wenn sie sich damit blosstellen musste? Nun damit, dass Lupe denn auch in diesem Sinne der Wahrheit die Ehre geben würde, damit rechnete Mazata, der Cochez' Aufenthalt in der fraglichen Nacht kannte. Infolgedessen traf er seine Massnahmen so, dass gerade der Wahrheitsbeweis der Cousine dem verhassten Konkurrenten zum Verhängnis werden musste.

Mazata dang zwei Frauen, von denen die eine wenige Tage vor der Verurteilung des Cochez dem Gericht gestand, dass sich Cochez in der fraglichen Nacht bei ihr aufgehalten hätte. Aber schon zwei Tage später erschien die andere

Cosima Wagner. Im Alter von 93 Jahren starb am Dienstag morgen in ihrer Villa Wahnfried in Bayreuth Cosima Wagner, die Tochter Franz Liszts, die in erster Ehe mit Hans von Bülow und in zweiter mit Richard Wagner verheiratet gewesen ist. Nietzsche nannte sie die "geistigste und künstlerischste Frau des Jahrhunderts".

Das Geheimfach des Multimillionärs. Im Sterbezimmer des Berliner Multimillionärs Loeske, dessen Testament seine nichtbedachten Verwandten für gefälscht halten, fand ein Lokaltermin statt, in dem das Gericht prüfen sollte, ob die Aussagen der Ärzte und des Rechtsanwalts des Verstorbenen, deren Richtigkeit von den Verwandten angezweifelt wird, den Tatsachen entsprechen können oder nicht. Professor Grauert, der Loeske am 3. August operiert hat, bekundet, dass der Juwelier am 2. August nicht zum Aufenthalt in der Klinik gezwungen war, sodass er in der Tat die Möglichkeit und auch die physische Kraft gehabt habe, sein Testament niederzuschreiben. Diese Bekundung ist wichtig, weil die Verwandten diese Möglichkeit für den 2. August bestreiten. Hinsichtlich der Vorgänge in der Sterbestunde Loeskes werden die alten Behauptungen der vorläufigen Erben aufrecht erhalten. Das Testament, über dessen Gültigkeit das Gericht jetzt zu entscheiden habe, wäre dasselbe wie das, das Frau Frau Blaustein, der Sozjus Loeskes, Oppenheim und Rechtsanwalt Schwerzens sowie Dr. Menger dem Geheimfach des Multimillionärs entnommen hätten. Indessen haben die ererbten Verwandten dem Gericht nunmehr einen Antrag überreicht, der die Ladung eines Züricher Zeugen verlangt, der in der Lage sein soll, zu bekunden, dass Loeske am 2. August, dem Tag der Berliner Testamentsausstellung, in Zürich gewesen wäre. Das Gericht beschloss die Ladung dieses Zeugen.

Opfer der irdischen Hölle. Von 673 Deportierten, die im vergangenen November Larochelle, das Sammelgefängnis der nach Französisch-Guayana verbannten Schwerverbrecher, verlassen haben, sind bereits 200 gestorben. Soweit sie nicht bereits bei der Überfahrt oder in der Lagerhöhle tödlich erkrankten, würden sie von Haien zerrissen, wenn sie schwimmend zu fliehen versuchten.

Polizei stürmt eine Mühle. Durch die Arbeit einer Sonderkommission der Berliner Kriminalpolizei, die damit beschäftigt ist, den Überfall auf das Schlüchterner Postauto aufzuklären, wurden grosse Unterschlagungen eines Postangestellten in Schlüchtern entdeckt. Der schuldige Beamte legte bereits ein umfassendes Geständnis ab. Im Zusammenhang mit der Aufklärung des Postraubes sollte ferner in der Dielenmühle bei Schlüchtern eine Haussuchung vorgenommen werden. Da die Besitzer mit Äxten und Gewehren tätlichen Widerstand leisteten, musste die Mühle regelrecht von Landjägern umstellt und gestürmt werden. Bei der Durchsuchung fand man sechs grosse Kisten mit Schuhwaren, die aus einem in dieser Gegend bereits vor Monaten begangenen Eisenbahnraub stammen. Endlich wurden noch bei dieser Gelegenheit ein Postangestellter in Eckartsroth der Amtsunterschlagung überführt und vier weitere Personen eines Einbruchs in einem Schlüchterner Warenhaus.

# Aus aller Welt

## Das Geheimnis des Erbschleichers.

Der Tod des Farmers Mazata - Aufklärung eines furchtbaren Justizirrtums -  
Das Rätsel einer Liebesnacht - Geldgier treibt zum Verbrechen.

SPD. Dieser Tage starb der mexikanische Farmer Jose Mazata. Er hinterliess Aufzeichnungen, die das Licht schrecklicher Wahrheit auf einen Fall werfen, der sich im Jahre 1900 zugetragen hat. In diesem Jahre wurde der Spanier Cochez vom mexikanischen Gericht zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Diese Strafe ist in einem furchtbaren Justizirrtum begründet. Tatsächlich war Cochez unschuldig. Der Verurteilte erlebt die Rechtfertigung, die ihm jetzt zuteil wird, nicht mehr. Er starb im dritten Jahr nach seiner Einlieferung in den Kerker.

Mazata schildert in seinen Aufzeichnungen, wie er als wohlhabender Farmer in den neunziger Jahren in der Nähe der Stadt Mexiko zusammen mit seiner verwaiseten Cousine Lupe lebte. Er war damals ungefähr 25 Jahre alt, Lupe hingegen, die Erbin von etwa 100 000 Peso, noch ein halbes Kind, dessen Vermögen zu verwalten Mazata beauftragt war. Der junge Farmer hatte die Absicht, später seine Cousine zu heiraten, um auf diese Weise in den Besitz ihres grossen Vermögens zu gelangen. Auf Schritt und Tritt beaufsichtigte er das Mädchen, schlimmer noch: er schloss sie aus dem allgemeinen öffentlichen Leben aus und hielt ihr jedes Ereignis fern, das sie für beschränkte oder dauernde Zeit hätte aus seinem Hause führen können. Wusste das Mädchen auch nichts von den berechnenden Absichten seines Vermögensverwalters, so spürte es doch, dass man es von der Aussenwelt abspernte und begriff, dass es eben heimliche Wege zu gehen habe, um zu seinem Recht zu kommen.

Eines Tages lernte Lupe einen sehr schönen jungen Spanier kennen, verliebte sich in ihn, fühlte ihre Zuneigung erwidert und fand des öfteren auch Gelegenheit zur Bekundung dieser Zuneigung. Aber Mazata kam bald dem Abenteuer seiner Cousine auf die Spur, ohne dass Lupe oder ihr Auserwählter merkten, dass sie beobachtet wurden. Der Farmer ersann indes einen Plan hinterlistigster Gemeinheit, um den ungebetenen jungen Mann, eben jenen Cochez, aus Lupes Nähe zu entfernen, und zwar gründlich zu entfernen.

Mazata liess Cochez durch gedungene Leute bei der Regierung der Spionage verdächtig erscheinen. Als bei der Anleiheaufnahme Mexikos im Jahre 1899 wichtige Dokumente verschwanden, wurde Cochez der Mittäterschaft bezichtigt und festgenommen. Mazatas Leute behaupteten damals, Cochez zur fraglichen Zeit an einem Ort gesehen zu haben, an dem seine Anwesenheit dringend verdächtig erscheinen musste. In Wirklichkeit hatte Cochez mit Politik nicht das Geringste zu tun. Zur kritischen Zeit hielt er sich ganz einfach bei seiner Geliebten auf. Was wäre nun, zum Beweise seiner Unschuld, einfacher gewesen, als dass Lupe für Cochez gezeugt hätte, auch wenn sie sich damit blosstellen musste? Nun, damit, dass Lupe denn auch in diesem Sinne der Wahrheit die Ehre geben würde, damit rechnete Mazata, der Cochez' Aufenthalt in der fraglichen Nacht kannte. Infolgedessen traf er seine Massnahmen so, dass gerade der Wahrheitsbeweis der Cousine dem verhassten Konkurrenten zum Verhängnis werden musste.

Mazata dang zwei Frauen, von denen die eine wenige Tage vor der Verurteilung des Cochez dem Gericht gestand, dass sich Cochez in der fraglichen Nacht bei ihr aufgehalten hätte. Aber schon zwei Tage später erschien die andere

Frau, und erklärte, dass sie sich nun, da es Cochez an den Kragen gehe, gezwungen sähe, die Wahrheit preiszugeben, auch wenn sie selbst dadurch blosgestellt werden würde: Cochez habe die fragliche Nacht bei ihr zugebracht.

Als Lupe sah, dass Cochez in der Tat verurteilt werden würde, entschloss sie sich, um den Geliebten zu retten, zur Preisgabe der wirklichen Wahrheit. Unter Tränen beichtete sie dem Gerichtshof, dass sie die Stunden, in denen ihr Geliebter des politischen Verrats beschuldigt wurde, zusammen mit Cochez in der höchst unpolitischen Glückseligkeit ihrer Liebe verlebt hätte. Aber das Gericht lachte Lupe aus. Die Richter waren davon überzeugt, dass einige von Cochez Geliebten fälschlicherweise ihre bürgerliche Ehre preisgeben wollten, um auf diese Weise ein den Angeklagten rettendes Alibi herauszuschlagen. Trotzdem Cochez mit vollstem Recht auf seiner Unschuld bestand, wurde er zu lebenslänglichem Kerker verurteilt.

Mazata sollte doch nach einigen Jahren auf dem gesetzlichen Wege in den Besitz von Lupes Vermögen gelangen, denn das unglückliche Mädchen starb an einer tropischen Krankheit. Aber es scheint, dass der geldgierige Farmer seines Gutes niemals recht froh geworden ist, denn die Aufzeichnungen, die er hinterliess, haben den Beiklang der Qual und der Reue.

+ + +

Kreutzfeld der Mörder? Am Dienstag kam es im Jakobowski-Prozess zur Vernehmung des Arbeiters Paul Kreutzfeld, der seinerzeit Mitbewohner der Heidekate der Familie Nogens gewesen ist und von Frau Kähler der Mittäterschaft am Morde bezichtigt wird. Kreutzfeld, der von allen anderen Zeugen als äusserst brutal bezeichnet wird, macht vor Gericht einen sehr ängstlichen und schüchternen Eindruck. Als ihn der Vorsitzende fragte: "Haben Sie mal so eine merkwürdige Äusserung gemacht, dass der kleine Ewald sauergekocht werden müsste", antwortete Kreutzfeld weinend: "Das kann wohl möglich sein." Rechtsanwalt Brandt: "August Nogens behauptet, dass Sie gesagt haben sollen: "Wenn das Wohnungsamt nicht hilft, dann muss ein Kind umgebracht werden." Kreutzfeld: "Das ist gelogen." August Nogens bestätigt aber diese Äusserung auf Befragen. Von der Tat selbst etwas zu wissen, bestreitet Kreutzfeld so energisch, dass Rechtsanwalt Brandt vorschlägt, die Vernehmung dieses Zeugen als wertlos abzubrechen, da er ja doch alles bestreite, was geeignet sei, ihn irgendwie zu belasten. Indessen beantragt Dr. Brandt, den Zeugen Kreutzfeld wegen dringenden Verdachts der Täterschaft unvereidigt zu lassen.

+ + +

400 Autos in Flammen. Auf dem Bahnhof von Toledo im Staate Ohio (USA) sind 400 Automobile der Willys Overland Co. verbrannt. Die Wagen standen in mehreren Schuppen zum Versand bereit. Der Schaden beläuft sich auf etwa 2 Millionen Dollar.

+ + +

"Europa" kommt am Freitag an. Auf Grund der letzten Funkmeldungen von Bord der "Europa", die ziemlich lange mit schwersten Stürmen zu kämpfen hatte, sodass die Geschwindigkeit des Schiffes beträchtlich herabgemindert wurde, ist nicht damit zu rechnen, dass der Dampfer vor Freitag in Bremerhaven eintrifft.

+ + +

Erdbeben in Griechenland. In den griechischen Städten Volos, Kardhitsa und Laritsa und in ihrer Umgebung wurden durch zehn Erdstösse starke Verwüstungen angerichtet, Dutzende von Häusern zum Einsturz gebracht und mehrere Menschen schwer verletzt. Unter den Einwohnern entstand eine Panik.

+ + +

Raubüberfall auf Chikagodeutsche. Drei Räuber drangen unter dem Vorwand einer Funktion bei der Volkszählung in die Privatwohnung des früheren deutschen Fliegers Grafen von Bülow in Chikago ein, dem sie Schmucksachen im Werte von 50 000 Dollar stahlen, nachdem sie ihn wie auch die anderen Mitglieder des Haushalts überwältigt und gefesselt hatten. Von den Banditen fehlt jede Spur.

+ + +

Cosima Wagner. Im Alter von 93 Jahren starb am Dienstag morgen in ihrer Villa Wahnfried in Bayreuth Cosima Wagner, die Tochter Franz Liszts, die in erster Ehe mit Hans von Bülow und in zweiter mit Richard Wagner verheiratet gewesen ist. Nietzsche nannte sie die "geistigste" und "künstlerischste Frau des Jahrhunderts".

+ + +  
Das Geheimfach des Multimillionärs. Im Sterbezimmer des Berliner Multimillionärs Loeske, dessen Testament seine nichtbedachten Verwandten für gefälscht halten, fand ein Lokaltermin statt, in dem das Gericht prüfen sollte, ob die Aussagen der Ärzte und des Rechtsanwalts des Verstorbenen, deren Richtigkeit von den Verwandten angezweifelt wird, den Tatsachen entsprechen können oder nicht. Professor Grauert, der Loeske am 3. August operiert hat, bekundet, dass der Juwelier am 2. August nicht zum Aufenthalt in der Klinik gezwungen war, sodass er in der Tat die Möglichkeit und auch die physische Kraft gehabt habe, sein Testament niederzuschreiben. Diese Bekundung ist wichtig, weil die Verwandten diese Möglichkeit für den 2. August bestreiten. Hinsichtlich der Vorgänge in der Sterbestunde Loeskes werden die alten Behauptungen der vorläufigen Erben aufrecht erhalten. Das Testament, über dessen Gültigkeit das Gericht jetzt zu entscheiden habe, wäre dasselbe wie das, das Frau Frau Blaustein, der Sozjus Loeskes, Oppenheim und Rechtsanwalt Schwerzens sowie Dr. Menger dem Geheimfach des Multimillionärs entnommen hätten. Indessen haben die enterbten Verwandten dem Gericht nunmehr einen Antrag überreicht, der die Ladung eines Züricher Zeugen verlangt, der in der Lage sein soll, zu bekunden, dass Loeske am 2. August, dem Tag der Berliner Testamentsausstellung, in Zürich gewesen wäre. Das Gericht beschloss die Ladung dieses Zeugen.

+ + +  
Opfer der irdischen Hölle. Von 673 Deportierten, die im vergangenen November Larochelle, das Sammelgefängnis der nach Französisch-Guayana verbannten Schwerverbrecher, verlassen haben, sind bereits 200 gestorben. Soweit sie nicht bereits bei der Überfahrt oder in der Lagerhölle tödlich erkrankten, wurden sie von Hai-fischen zerrissen, wenn sie schwimmend zu fliehen versuchten.

+ + +  
Polizei stürmt eine Mühle. Durch die Arbeit einer Sonderkommission der Berliner Kriminalpolizei, die damit beschäftigt ist, den Überfall auf das Schlüchterner Postauto aufzuklären, wurden grosse Unterschlagungen eines Postangestellten in Schlüchtern entdeckt. Der schuldige Beamte legte bereits ein umfassendes Geständnis ab. Im Zusammenhang mit der Aufklärung des Postraubes sollte ferner in der Dielenmühle bei Schlüchtern eine Haussuchung vorgenommen werden. Da die Besitzer mit Äxten und Gewehren tätlichen Widerstand leisteten, musste die Mühle regelrecht von Landjägern umstellt und gestürmt werden. Bei der Durchsuchung fand man sechs grosse Kisten mit Schuhwaren, die aus einem in dieser Gegend bereits vor Monaten begangenen Eisenbahnraub stammen. Endlich wurden noch bei dieser Gelegenheit ein Postangestellter in Eckartsroth der Amtsunterschlagung überführt und vier weitere Personen eines Einbruchs in einem Schlüchterner Warenhaus.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✖

## Der Schneiderstreik.

SPD. Der Kampf der Massschneider gegen den unmöglichen Braunschweiger Schiedsspruch macht gute Fortschritte. Wohl lässt sich im Augenblick, da kein einheitlicher Angriff erfolgte, noch nicht eine Gesamtzahl über den Umfang des Streiks angeben. Feststeht jedoch, dass die Kampfmaßnahmen der Organisationen überall in bester Disziplin und in zuversichtlicher Haltung durchgeführt worden sind. Von der Zuversicht der Bekleidungsarbeiter sticht die Nervosität und Unsicherheit bei den Arbeitgebern scharf ab. Die Front der Arbeitgeber ist schon jetzt recht brüchig. Ein Teil der Unternehmer versucht bei seinen Aussperrungsmassnahmen mit Kündigungsfristen von 14 Tagen über die kritische Zeit hinwegzukommen in der Hoffnung, dass inzwischen irgendwie eine Beilegung des Konflikts erfolgt. Auf derartige Manöver lassen sich aber die Bekleidungsarbeiter nicht ein. Ein anderer Teil der Unternehmer hat in einer ganzen Reihe von Orten, sowohl in Berlin wie auch in der Provinz, schon jetzt Angebote gemacht, die sehr beachtliche Zugeständnisse über den Braunschweiger Schiedsspruch hinaus enthalten. Eine ganze Anzahl Firmen sind bereit, Lohnerhöhungen zu bewilligen und möchten Einzelabkommen treffen. Daran haben aber die Bekleidungsarbeiter kein Interesse. Mit Einzelabkommen wird die Gesamtsituation nicht geklärt.

Wie sehr man im Arbeitgeberlager selbst von der Unhaltbarkeit des Braunschweiger Schiedsspruchs überzeugt ist, zeigt das Vorgehen der Arbeitgeber der Damenmassschneiderei in Hamburg. Sie haben mit der örtlichen Filialleitung des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes ein Abkommen für Hamburg getroffen, das eine Lohnverbesserung um 5 % in der Damenmassschneiderei vorsieht, während der Braunschweiger Schiedsspruch für diese keine Lohnverbesserungen gebracht hat. Bezeichnend ist, dass bei dem Abschluss des Abkommens auf Arbeitgeberseite auch ein Hamburger Vorstandsmitglied mitgewirkt hat, das zugleich Mitglied der Vorstandschenschaft des Gesamtarbeitgeberverbandes des Bekleidungsarbeiterverbandes ist. Das Hamburger Abkommen bedeutet eine glatte Desavouierung des Braunschweiger Schiedsspruchs und, genau betrachtet, bereits die Auflösung der Arbeitgeberfront.

Wenn die Arbeitgeber der Bekleidungsindustrie klug sind, dann machen sie schnell Schluss; denn sie spielen zweifellos eine hoffnungslose Partie. Der Braunschweiger Schiedsspruch kann zu den Akten gelegt werden. Die Bekleidungsarbeiter arbeiten nicht unter den Bedingungen dieses Schiedsspruchs und eine Verbindlichkeitserklärung dieses Monstrums ist ebenfalls nicht möglich. Schon aus formalen Gründen nicht. Man stelle sich vor: die Braunschweiger Missgeburt besitzt nicht einmal Fristbestimmungen; der Spruch ist ein Torso ohne Kopf und Bein - eine Glanzleistung der Unparteiischen. Wenn im Arbeitsministerium jemand einen derartigen Spruch zusammengeschustert hätte, dann könnte er sein Bündel packen.

Aus formalen wie aus sachlichen Gründen ist der Braunschweiger Spruch eine Unmöglichkeit. Er ist untragbar und unannehmbar. Er muss verschwinden. Neue Verhandlungen sind notwendig - nicht auf der Basis des Braunschweiger Spruches, sondern auf einer neuen Basis, deren Linien durch die Zugeständnisse der Arbeitgeber in Hamburg und bei einer ganzen Reihe von Einzelfirmen

zum Teil schon skizziert sind. Unhaltbare Positionen behaupten wollen, ist immer schlechte Kampftaktik. Was doch getan werden muss, das tut man am besten gleich. Den Arbeitgebern müsste doch eigentlich bereits ein Licht aufgegangen sein.

SPD. Die Stellungnahme der Organisationen zur Lohn- und Gehaltssenkungsaktion im Stahlwerk Becker-Krefeld ist nicht einheitlich. Der Christliche Metallarbeiterverband und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband haben das Angebot der Werksleitung des Stahlwerks angenommen. Der Deutsche Metallarbeiterverband und der Gewerkverein der Metallarbeiter haben das Angebot abgelehnt. Ihre Gründe für die Ablehnung lauten: "Durch dieses Angebot soll die Laufzeit der bestehenden Tarifverträge für das Stahlwerk Becker A.G. als Einzelmitglied des Vereins der Metallindustriellen um eine wesentliche Zeit verlängert werden. Die Laufzeit des jetzt gültigen Lohnabkommens wurde damals nicht auf unsern Wunsch, sondern auf dringende Forderung der Herren Unternehmer in der Verhandlung vor dem Schlichter festgelegt, vom 1.2.1929 bis 30.11.1930. Jetzt nun einer einzelnen Firma eine noch längere Laufdauer mit Verdienstabau zu gewähren, ist für die Unterzeichneten nicht möglich. Die Festlegung und Aenderung der Akkorde ist nach der bisherigen Gepflogenheit in Krefeld von dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie immer als eine reine Werksangelegenheit betrachtet und behandelt worden. Wir sehen deshalb keine Möglichkeit, dem Angebot unsere Zustimmung zu geben."

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der GdA, der Deutsche Werkmeisterverband und der ZdA haben das Angebot der Werksleitung folgendermassen beantwortet: "Eine zeitliche Ausdehnung des gegenwärtig geltenden Tarifvertrages ist nur durch ein Abkommen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Angestelltenorganisationen möglich. Eine Aufkündigung des Gehaltsabkommens zum nächsten Termin (30.6.30) beabsichtigen die unterzeichneten Verbände nicht. Sie sind bereit, an Verhandlungen zur Festlegung einer längeren Laufdauer mit dem Arbeitgeberverband teilzunehmen. Eine Stellungnahme zu der Frage eines Abbaus der über den Tarifmindestgehältern liegenden Leistungszulagen erübrigt sich, weil die Abänderung der Einzelarbeitsverträge durch individuelle Sondervereinbarungen zwischen Betriebsleitung und den einzelnen Angestellten rechtskräftig erfolgen kann, bzw. bereits erfolgt ist. Bei der Gewährung von Leistungszulagen und der Festlegung ihrer Höhe schaltet man die Organisationen immer als unzuständig aus, sodass es verwunderlich erscheinen muss, wenn nun plötzlich ihre Zustimmung zu einer Herabsetzung verlangt wird. Da also juristische Notwendigkeiten hierfür nicht bestehen, liegt die Vermutung nahe, dass ein Präzedenzfall zur Verwirklichung grundsätzlicher Arbeitgeberziele geschaffen werden soll. Grundsätzliche Hindernisse stehen der Aufrechterhaltung des Werkes nach dieser Erklärung nicht mehr im Wege. Etwas wirtschaftliche und soziale Folgen gehen bei Ablehnung von gezeigten Verständigungswegen zu Lasten der Werksleitung."

Die endgültige Stellungnahme der Werksleitung ist im Augenblick noch nicht bekannt. Auch die bürgerliche Presse rechnet damit, dass die Entscheidung der Werksleitung auf eine Stillegung des Stahlwerks hinausläuft.

SPD. Der Newjorker Staatsgouverneur Roosevelt hat eine Sonderkommission zur Stabilisierung der Lage der Industrie und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ernannt. Das Kommissionsprogramm fordert Zusammenarbeit sämtlicher Amtsstellen, freie Arbeitsnachweise, sofortigen Beginn öffentlicher Arbeiten, vor allem Bau von Landstrassen, Bau neuer Wasserwerke und von Kanalisationsanlagen. Der Sonderkommission gehört neben führenden Wirtschaftlern der Prä-

sident des Gewerkschaftsverbandes des Staates New York, Sullivan, an.

Die Sozialisten haben dem Gouverneur zwecks Erleichterung der drückenden Arbeitslosigkeit die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden sowie die Heraufsetzung des Arbeitsalters für Kinder vorgeschlagen.

---

SPD. Der neue Reichsarbeitsminister Stegerwald wird von der "Kölnischen Zeitung", dem führenden rheinischen Unternehmerorgan, mit auffallend freundlich gehaltenen Worten begrüsst. Das Blatt zitiert einen Satz Stegerwalds, wonach die Gewerkschaftsbewegung heute nicht mehr mit der Vorkriegspolitik zu Rande komme, und knüpft daran folgende Bemerkung:

"Man muss es dem neuen Reichsarbeitsminister und alten Gewerkschaftsführer Stegerwald zuerkennen, dass er eine Lage mit einem klaren Wort treffend zu kennzeichnen weiss. Er schliesst aus dieser Erkenntnis, dass zu keiner Stunde die Verwirklichung des Arbeitsgemeinschaftsgedankens notwendiger gewesen sei als jetzt und fordert eine tätige Arbeit der Gewerkschaften zur Umgestaltung der Wirtschaft in solchem aufbauenden Sinn. Stellt man neben diese Worte die Erklärung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, die sich aus wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gründen voll zu dem Gedanken unserer Solidarversicherung in der Sozialpolitik bekennt, so sollte man meinen, es sei möglich, die Plattform zu bilden, auf der man die erforderlichen Reformen zu Nutzen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zum Wohl des ganzen deutschen Volkes in Angriff nehmen könne. Jedenfalls wollen wir die Worte des neuen Arbeitsministers als ein gutes Omen für seine weitere Tätigkeit nehmen."

Warum die "Kölnische Zeitung" gerade von dem Wort Stegerwalds, dass die Gewerkschaftsbewegung heute nicht mehr mit der Vorkriegspolitik auskomme, so viel Aufhebens macht, ist nicht recht verständlich. Denn die Politik der Gewerkschaften aller Richtungen ist längst viel zu umfassend und viel zu tiefgreifend geworden, als dass sie noch mit ihrer Vorkriegspolitik auf eine Stufe gestellt werden könnte. Das Ziel bei den freien Gewerkschaften heute wie gestern ist selbstverständlich das gleiche. Ihre Politik aber ist heute wirklichkeitsnaher. Die erfolgreiche Praxis der Gewerkschaften geht nicht wie der Bolschewismus den Weg des Niederwerfens des Gegners, sondern den des Eindringens in den Gegner und seiner Ueberwindung von innen her. Natürlich muss dabei ebenso gekämpft werden wie in der Vorkriegszeit. Die Arbeitgeber verschenken nichts. An der Sachlage ändert auch kein Hinweis auf den Arbeitsgemeinschaftsgedanken etwas. Solange wie in der jüngsten Zeit Anschläge gerade auf die sozialpolitischen Positionen der Arbeiter von Arbeitgeberseite aus erfolgen, ist alles Gerede über die Arbeitsgemeinschaft reichlich müssig. Soeben erst erfolgte ein neuer Angriff, der gegen die Krankenversicherung, er passt zu der Befürwortung des Arbeitsgemeinschaftsgedankens wie die Faust aufs Auge.

Im übrigen berührt die Lobeshymne der "Kölnischen Zeitung" auf Stegerwald etwas eigenartig. Ist der neue Reichsarbeitsminister die Hoffnung der Arbeitgeber?

---

SPD. Im Kampf für und gegen das Antiterrorgesetz in Deutsch-Oesterreich scheint die Krise überwunden zu sein. Die "Arbeiterzeitung" stellt fest, dass dem Gesetz die ersten Giftzähne ausgebrochen seien.

---

# Wirtschaft Technik Gandel

## Nationalsozialistische Steuerdemagogie.

SPD. Wie ihre Vorläufer, die Antisemiten Pücklerscher Erinnerung, gehen auch unsere Nationalsozialisten mit Vorliebe mit ihrem Kampf gegen die "Warenhausjuden" hausieren. Die Warenhäuser sollen verschwinden, damit es dem gewerblichen Mittelstand wieder besser geht. Diese Parole findet Widerhall bei den kleinen Händlern, Kaufleuten und den Gewerbetreibenden. Diese Kreise sind es auch, die sich für die Wiedereinführung der Warenhaussteuer einsetzen.

Man gibt sich im Mittelstand immer wieder der Vorstellung hin, dass es nur bestimmter gesetzlicher Massnahmen bedürfe, um verhasste wirtschaftliche Erscheinungen zu beseitigen. Man brauche nur eine Sondersteuer von den Warenhäusern zu erheben, um ihre Weiterentwicklung zu verhindern und dem Mittelstand erhöhte Lebensmöglichkeit zu geben. Bei diesen Mittelständlern haben die Nationalsozialisten mit ihrem Kampf gegen die "Warenhausjuden" von vornherein leichtes Spiel. Die Nationalsozialisten vertreten auch mit besonderer Heftigkeit die Forderung nach einer besonderen Besteuerung der Warenhäuser und erheben gegen die anderen Parteien, insbesondere gegen die Sozialdemokraten, den Vorwurf, mit der Aufhebung der bis zum Jahre 1919 in Kraft gewesenen Warenhaussteuer den Warenhausjuden ein millionenschweres Steuergeschenk gemacht zu haben. Angesichts einer solchen Demagogie ist es schon nötig, an folgende Tatsachen zu erinnern:

Die Warenhaussteuer wurde zum ersten Mal in Deutschland propagiert, als Ende der 90iger Jahre die Warenhäuser an Bedeutung gewannen und fast in allen grösseren Städten Warenhäuser eröffnet wurden. Damals setzte in den Kreisen der kleinen Handwerker, der Krämer und Kaufleute eine heftige Agitation gegen die neuen Grossunternehmungen ein, die dem kleinen Mittelstand den sicheren Ruin zu bringen drohten. Das Ergebnis der Agitation war die Erhebung von Warenhaussteuern in verschiedenen deutschen Ländern. Preussen erhob die Warenhaussteuer zum ersten Mal im Jahre 1901. Mit der neuen Steuer waren zwei Absichten verbunden: erstens sollte die Entwicklung der Warenhäuser unterbunden oder wenigstens verlangsamt werden; zweitens sollten die Erträge aus der Warenhaussteuer steuerliche Erleichterungen für die kleinen Gewerbetreibenden ermöglichen. Die zweite Absicht wurde auch erreicht. Den kleineren Gewerbesteuerpflichtigen wurde die Gewerbesteuer, die einen jährlichen Höchstbetrag von 36 Mark ausmachte, erlassen. Das war aber für die gesamte wirtschaftliche Lage dieser Schichten bedeutungslos. Eine wirkliche Hilfe brachte die steuerliche Erleichterung nicht; sie kam ausserdem nur den Gewerbetreibenden zugute, die in Städten mit Warenhäusern wohnten. Die Gewerbetreibenden dagegen, die an ihrem Wohnsitz kein Warenhaus hatten, aber im Wirkungsbereich eines Warenhauses lebten, gingen bei der Steuererleichterung leer aus.

Es gelang auch nicht, die Entwicklung der Warenhäuser zu beeinträchtigen. Die Warenhäuser, die schon damals eine bedeutende wirtschaftliche Macht darstellten, entzogen sich der Steuer in durchaus legaler Weise. Einige schränkten die von ihnen geführten Warengattungen ein und stellten sich zu grossen Spezialgeschäften um. Damit entgingen sie der Sonderbesteuerung und die Wirkung war, dass die Spezialgeschäfte nun erst recht zu einer fühlbaren Konkurrenz für bestimmte Kreise der kleinen Gewerbetreibenden wurden. Aber auch die Warenhäuser

die als solche bestehen blieben, haben die Sondersteuer nicht getragen. Sie wälzten sie auf ihre Lieferanten ab, die den Warenhäusern lieber eine Preisverbilligung in Höhe der Steuer gewährten, als dass sie auf die grossen und zahlungsfähigen Abnehmer verzichteten. Damit war der ursprüngliche Zweck der Warenhaussteuer vereitelt.

Ihre tatsächliche Wirkung richtete sich aber gegen ihre Urheber, die kleinen Gewerbetreibenden. Was die Lieferanten nämlich den grossen und wirtschaftlich mächtigen Einkäufergruppen auf der einen Seite nachliessen, schlugen sie den kleinen und wirtschaftlich schwächeren Einkäufern auf die Preise auf, sodass die Warenhaussteuer in erheblichem Umfange von den kleinen Gewerbetreibenden getragen wurde. Diese Kreise hatten sich auch noch in anderer Beziehung in der Wirkung ihres Feldzuges gegen die Warenhäuser getäuscht. Sie hatten den Kampf mit der Parole geführt, dass die grosse Finanzkraft und der Massenabsatz der Warenhäuser niedrige Preise und günstige Kaufbedingungen ermöglichen, mit denen die Kleingewerbetreibenden nicht konkurrieren könnten und die sie darum erdrückten. Die Wirkung dieser Parole war, dass die Bevölkerung jetzt erst recht auf die Warenhäuser aufmerksam wurde und sie von nun an besonders bevorzugte.

Die Warenhaussteuer wurde aufgehoben, als das Reich die Umsatzsteuer einführt. Diese Neuregelung brachte eine beträchtliche Erhöhung des gesamten Steuerbetrages, die in den schwierigen Nachkriegsverhältnissen notwendig war. Mit der Einführung der Umsatzsteuer war kein Raum mehr für die Sonderbesteuerung der Warenhäuser, zumal darauf umso eher verzichtet werden konnte, als der Ertrag nur gering war und ein grosser Teil durch die Erhebungskosten aufgezehrt wurde. Das Aufkommen aus der Warenhaussteuer betrug im Jahre 1903 = 2 Millionen, im Jahre 1910 = 3 Millionen, im Jahre 1915 = 4 Millionen und im Jahre 1919 7 Millionen.

Die Erfahrungen mit der Warenhaussteuer zeigen sehr deutlich, dass die Wirkungen einer Steuer sich nicht nach den Absichten des Gesetzgebers richten, sondern in stärkster Masse durch die wirtschaftliche Machtstellung der steuerpflichtigen Gruppen bedingt werden. Diese Einsicht dürfte auch Miquel, der vormalige preussische Finanzminister, gehabt haben, der schon bei der Einführung der Warenhaussteuer darauf hinwies, dass die Bedingungen für die Aufrechterhaltung der kleinen Betriebe nicht in dieser steuerpolitischen Massnahme, sondern vor allem in dem genossenschaftlichen Zusammenschluss der kleinen Gewerbetreibenden liege. Es zeugt nicht für die politische Reife und den wirtschaftlichen Weitblick des Mittelstandes, wenn jetzt noch gegenüber einer verantwortungslosen und demagogischen Agitation auf Erkenntnisse hingewiesen werden muss, die schon vor 30 Jahren bekannt waren.

---

SPD. Der Umsatz der General Motors Corporation (Auto und Lastwagen) hat sich im verflossenen Jahr von 1,459 Milliarden Dollar auf 1,504 Milliarden gesteigert. Der Reingewinn ging von 276 Millionen Dollar auf 248 Millionen zurück. Auf das Unternehmen entfallen 34 % der amerikanisch-kanadischen Kraftwagenproduktion und 37 % des Exports.

---

SPD. Das Statistische Reichsamt gibt die Zahl der Konkurse für den Monat März mit 1 142 an gegenüber 1 103 im Monat Februar (März 1929 = 930, Februar 1929 = 775.)

SPD. Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums für den Monat Februar ergibt sich für die Zeit von April 1929 bis Februar 1930 des laufenden Rechnungsjahres ein Gesamtfehlbetrag von 1368,1 Millionen Mark.

Das Defizit im ordentlichen Haushalt macht für April 1929 bis Februar 1930 = 295,3 Millionen aus. Dazu kommt der Fehlbetrag aus dem Vorjahr in Höhe von 154,4 Millionen Mark.

Im ausserordentlichen Haushalt wird bis Februar 1930 ein Defizit von 13,9 Millionen Mark ausgewiesen. Der Fehlbetrag erhöht sich durch das Defizit aus dem Vorjahr um 904,5 auf 918,4 Millionen Mark.

Der Kassenbestand machte Ende Februar bei 1743 Millionen Mark Einnahmen und 1689 Millionen Mark Ausgaben 54 Millionen Mark aus.

Die schwebende Schuld hat sich von 1727,6 Millionen Ende Januar auf 1735,9 Millionen Mark Ende Februar erhöht.

SPD. Die Beton- und Monierbau A.G. in Berlin, eine der führenden Gesellschaften auf dem Gebiet der Grossbauten, berichtet, dass sich auch im verfloßenen Geschäftsjahre der Umsatz weiter gesteigert hat. Wie im Vorjahr wird eine Dividende von 12 % aus einem Reingewinn von 515 000 Mark gezahlt. Der ausgewiesene Reingewinn dürfte nur einen Teil der wirklich erzielten Gewinne darstellen.

### Rauhfutternotierungen.

(1. April)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen).....	RM	1.20	-	1.40
" " Weizenstroh " " .....	"	1.15	-	1.30
" " Haferstroh " " .....	"	0.90	-	1.05
" " Gerstenstroh " " .....	"	0.95	-	1.10
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt .....	"	1.25	-	1.50
Bindfadengepresstes Roggenstroh . . . . .	"	1.05	-	1.30
" " Weizenstroh . . . . .	"	0.95	-	1.20
Häcksel. . . . . (Tendenz belebt).....	"	1.75	-	1.90
Handelsübliches Heu, gesund und trocken.....	"	1.80	-	2.10
Gutes Heu, gesund und trocken . . . . .	"	2.50	-	2.90
Luzerne, lose . . . . .	"	3.50	-	4.00
Thymothee, lose . . . . .	"	3.40	-	3.90
Kleeheu, lose. . . . .	"	1.70	-	1.90
Mielitz=Heu, lose, rein (Havel). . . . .	"	0,40	über	Notiz.
Drahtgepresstes Heu . . . . .	"	Tendenz still.		

SPD. In Berlin ist am Dienstag auf Grund des Maismonopolgesetzes die Reichsmaisstelle gegründet worden. Das Unternehmen ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, an der der Handel mit 65 000 und die genossenschaftlicher Warenzentralen mit 35 000 Mark beteiligt sind.

Erste Notiz für die neue Ernte.

(Berliner Getreidebörse vom 1. April.)

SPD. Am Markte der Zeitgeschäfte wurden am Dienstag erstmalig Kurse für Septemberlieferungen notiert. Hierbei erreichte Weizen eine Notiz von 267, die um 13 Mark unter der Julinotierung lag. Roggen per September lag mit 177 Mark 4 Mark unter der Julinotiz. Im übrigen waren die Notierungen für Mai und Juli für beide Brotgetreidesorten um etwa 3 Mark höher. Auch am Lokomarkt konnte sich die feste Tendenz fortsetzen. Angebot an promptem Weizen und Roggen vom Inlande lag fast gar nicht vor, während sich weiterhin gute Nachfrage der Mühlen und der Händler bemerkbar machte. Demzufolge konnten auch hier die Preise um 2 bis 3 Mark anziehen, Auch Mehl hatte feste Tendenz. Die Forderungen der Mühlen waren meist um 50 Pfennig weiter erhöht; jedoch hielten sich die Käufer ziemlich zurück. Hafer hatte bei kleinem Angebot sehr gute Nachfrage. Die stark erhöhten Forderungen wurden aber nur teilweise bewilligt. Auch für Gerste hat sich die Tendenz merklich befestigt.

	<u>31. März</u> (ab märkische Station in Mark)	<u>1. April</u>
Weizen	255 - 257	258 - 260
Roggen	151 - 153	154 - 156
Braugerste	170 - 185	172 - 185
Futter- und Industrierogerste	154 - 163	157 - 166
Hafer	144 - 154	148 - 158
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	28,00 - 36,25	28,25 - 36,50
Roggenmehl	21,50 - 24,50	21,75 - 24,75
Weizenkleie	9,25 - 10,00	9,25 - 10,00
Roggenkleie	9,50 - 10,00	9,50 - 10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 272-273 (Vortag 270), Juli 280-280½ (277), September 267-267½, Roggen Mai 172-173 (170), Juli 182-182½ (178). September 177-179. Hafer Mai 163-165 (163), Juli, 171½ bis 174 (170) September 149-170.

Berliner Viehmarkt.

(1. April)

SPD. Die Verkäufer konnten auf dem Schweinemarkt höhere Forderungen durchsetzen, da der Auftrieb knapp war. Das Geschäft war glatt bei anziehenden Preisen in allen Klassen. Auf dem Kälbermarkt zogen die Preise besonders für mittlere Kälber an. Im übrigen behaupteten sich die letzten Notierungen. Auf dem Rindermarkt hätte der Auftrieb grösser sein können. Für Qualitätstiere gab es angeregtes Geschäft.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:  
Kühe: a) 41-46 (voriger Markt 41-47), b) 33-40 (33-40), c) 28-30 (28-30), d) 22-27 (22-27). Kälber: a) - (-), b) 78-84 (78-85), c) 60-82 (60-80), d) 38-58 (38-58). Schweine: a) (über 300 Pfund) 72-70, b) (240-300 Pfd.) 72 (69-70, c) (200-240 Pfd.) 71-72 (67-69), d) (160-200 Pfd.) 68-70 (65-67), e) (120-160 Pfd.) 65-67 (62-63), f) (unter 120 Pfd.) - (-), g) (Sauen) 64 - 65 (62).

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 1. April 1930.

Nizza=Dämmerung.<sup>x</sup>

SPD. Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein. Wir Deutsche leben von solchen Worten. Irgendein Name wird herausgerissen aus seiner bescheidenen privaten Existenz und ersetzt einen Begriff. Wird selbst zum Begriff und bleibt es sein Leben lang, auch wenn es nicht stimmt oder nicht mehr stimmt. Fast jedem Ding haftet ein Attribut an, das für alle Zeiten klebt wie Pech und Schwefel. Die Spanierin ist nun eben einmal sinnlich, und wenn sie es nicht ist, dann ist sie eben keine Spanierin. Ungarn besteht aus Tokayer, der Pussta und schönen Frauen. Und wenn die Frauen nicht schön sind, Bier getrunken wird und die Pussta keine Pussta ist, dann hat sich eben der liebe Gott geirrt oder die Menschen, die, besonders in dieser Gegend, eben nur sehr unvollkommen Landesgrenzen zu ziehen verstehen.

Und Nizza! Es gibt wohl kein zweites Wort, mit dem wir Deutschen so viele Vorstellungen rosigster Art verbinden. Nizza: das ist ewiger Frühling, ist ewig blau lachender Himmel (selbst wenn es wochenlang Bindfaden regnet), das ist Gottes Garten voll bunter Blumen, voll Schönheit, Lebensgenuss, ist das Meer im Sonntagsstaat und die Menschheit ohne Sorgen, ist Eleganz, Rendezvous der Glücklichen, ist durchsetzt mit der Romantik des Geheimnisvollen. Alle Menschen, die über die Promenade des Anglais gehen, haben - so will es dieser zum Begriff gewordene Städtenamen - ein geheimnisvolles anderes Gesicht, das sie verbergen. Wenn sie reich aussehen, dann sind es Arme, die das Glück suchen, die ihr Leben auf eine Karte setzen; wenn sie ärmlich gekleidet sind, dann sind es schwerreiche Engländerinnen, die ihr Millionenvermögen verbergen wollen, oder geheimnisvolle Paschas, die auf Abenteuer ausgehen. Je harmloser sie aussehen, desto sicherer ist anzunehmen, dass sie Glücksspieler oder schöne Spioninnen sind, die nach neuen Taten dürsten. Wenn sie gefährlich aussehen, dann sind es harmlose Dramatiker, die einen neuen Stoff suchen. Auf alle Fälle sind es Menschen, deren Leben ein bunter Roman ist, denn das ist das Wenigste, was man für seine tägliche Kurtaxe verlangen kann.

Nach diesen Vorstellungen ist man zuerst ein wenig enttäuscht, wenn man ankommt und herausfindet, dass Nizza eine fleissige und betriebsame französische Mittelstadt ist. Man hat nicht gedacht, dass auch friedliche Bürger und nicht nur mit Glücksgütern gesegnete Spiesser hier leben, und die imposante Kulisse der grossen Hotels am Ufer entpuppt sich als ein Potemkonsches Dorf. Nizza ist zweierlei. Eine Stadt, in der sich, wie überall an der Rivieraküste, französische und italienische Kultur mischen. Ausserdem eine Hotel-Stadt, die sich die Welt, die sich angeblich nicht langweilt, zu vollendeter Langeweile aufgebaut hat: Wie sieht es in diesen beiden Welten aus?

Das alte Nizza, das eigentliche, das die Fremden nicht sehen, das ist das Fesselndste hier. Das sind alte, winklige Strassen, hügelig, mit einer Unzahl endloser Treppen; das ist der Blumen- und Obstmarkt, schon orientalisches bunt; das ist das Tribunal, in dem die Welt um ein Jahrhundert stehen geblieben zu sein scheint; das sind ein paar Bars am Hafen, ein paar kleine Cafés, in denen Bürger und Angestellte für eine lächerliche Summe ihren Kaffee schlürfen und sich halb französisch und halb italienisch unterhalten. Das ist eine Welt, in die einmal einzudringen Spass macht, die man aber anderswo noch urwüchsiger

findet, eine Welt, die nicht Nizzas Ruhm ausmacht. Was also? Das andere Nizza?

Es gibt hier eine alte Regel, die besagt, dass nach einer schlechten Saison eine gute kommt. Demnach muss die nächste Saison ganz ausgezeichnet werden. Mit den Deutschen rechnet man hier nicht sehr stark. Die eigenen Landsleute sind in ihren Ansprüchen bescheiden und machen den Kohl nicht fett. Die Engländer sind diesmal nur schwach vertreten. Die Amerikaner aber, die sonst das meiste Geld hier lassen, sind fast ganz ausgeblieben. Nirgendwo in Europa spürt man die grossen Kursstürze an der New Yorker Börse so stark und so direkt wie hier.

Aber es ist nicht das allein. Nizzas grosser Ruhm hat sich überlebt. Wer kommt noch hierher? Die Leute, die spielen wollen, sitzen direkt in Monte. Und die ändern, die irgendwelchen Sport treiben - besonders die Jugend - ziehen mehr und mehr Cannes vor. Man muss sich nur einmal auf der Strasse und in den Lokalen umsehen. Ueber den Boulevard des Anglais pilgern zuallermeist steinalte Engländerinnen, und wenn man doch einmal eine hübsche, junge Gestalt sieht, dann dreht sich alle Welt nach ihr um. In Cannes sieht man ungleich viel mehr frische, junge Gestalten, hübsche Engländerinnen, Mädels mit sportlich durchtrainierten Körpern. Da sieht man schon auf der Strasse, dass man hier die Tage nicht nur mit Faulheit, die Nächte nicht nur am Spieltisch zubringt. Da wird Tennis gespielt und Golf; da liegen Yachten im Hafen; da fühlt man sich gleich und viel mehr zu Hause. Ein Tanztee in Nizza: da sind hundert Lognons auf ein tanzendes Paar gerichtet; da wird kombiniert und kritisiert. Ein Tanztee in Cannes: da drückt man sich auf enger Fläche und lacht und scherzt und ist guter Dinge.

Aber man muss Nizza auch gerecht werden. Sein unvergleichlicher Vorzug ist seine Lage. Es ist nicht gerade die Krone, aber es ist das Zentrum der Côte d'azur. Man sitzt im herrlichen Frühling am tiefblauen Meer. Man ist mit wenigen Schritten mitten in den Bergen. Man ist nach kurzer Fahrt mitten im ewigen Schnee. Die Natur, die Luft hat hier etwas, das die Lebensfreude neu erstehen lässt. Man geht wie in einer seltsamen, sonderbaren Harmonie, und wenn man ein paar Tage erst da ist, dann empfindet man diese schwülstigen Worte nicht mehr übertrieben, die im alten Nizza an dem Hause stehen, in dem Paganini sein ungestetes und buntes Leben beschloss. Denn dann glaubt man selbst etwas von diesem "Dunstkreis höchster Süsse" eingeatmet zu haben. Es heisst da in italienischer Sprache "An jenem 17. Mai 1840 vereinigte sich die Seele Nicolo Paganinis mit den Quellen des ewigen Harmonie, fiel von dem mächtigen Bogen der magischen Noten. Aber in den milden Lüften von Nizza lebt noch ein Teil von jener höchsten Süssigkeit."

Wenn man zwischen Berg und Meer steht, die Menschen nicht sieht, auch die Hotelbauten nicht, dann, verbunden mit dieser zaubervollen Natur, glaubt man etwas von diesem mächtigen Bogen der magischen Noten aus der Natur zu verspüren. Und das ist das Schöne, das Schönste an Nizza wie an der ganzen Côte d'azur. Viel schöner als alle die Lockungen, die das emsige Syndikat d'initiative in Millionen Druckschriften in die Welt hinaus ruft.

Mario Mohr.

---

Tasso, der Vagebund.<sup>x</sup>

---

SPD. Ganz in der Nähe meiner Wohnung ist ein Asyl für Obdachlose gebaut worden. Seitdem es eröffnet ist, bevölkern sich allabendlich zu einer bestimmten Zeit die Strassen in der Umgebung mit heruntergekommenen, fragwürdigen Gestalten - armen, hungernden, abgerissenen Gesellen mit von Schnaps und Not zerstückten Gesichtern - armen zertretenen Teufeln - Strandgut des Lebens. - - - Alle diese Hunderte strömen dann dem grossen, lichten Gebäude zu. Der kalte Wind fegt durch ihre zerlumpten Mäntel und Hosen, die Nässe der Strassen

dringt durch ihre zerblätternen Stiefelsohlen, steigt erkältend in ihre müden gequälten Knochen und lässt den einzigen Sehnsuchtswunsch dieser Armen, das Hoffen auf den armen Raum, die dampfende Suppe wie einen übermächtigen Schrei in den stumpfen, erloschenen Augen stehen. - - -

Gestern ging ich mit meinem Freunde abends die Strasse am Asyl entlang. Wir waren kurz vor meiner Wohnung, als plötzlich ein Menschauflauf unsere Aufmerksamkeit auf sich zog. Sechs, sieben Leute standen da um ein am Boden liegendes Bündel herum. Im gleichen Augenblick, als wir zu der Gruppe traten, erschien auch ein Polizist, bückte sich zu dem Liegenden und richtete ihn auf. Der Mann bot wirklich keinen schönen Anblick. Offenbar war er auf dem Wege nach dem Asyl gewesen und war hier ausgerutscht und hingefallen. Er roch nach Fusel. Die Schnapsflasche in seiner Tasche war beim Hinfallen zerbrochen, und er hatte, in den Scherben herumtastend, sich die ganze Hand zerschnitten. Das herumlaufende Blut verschmierte sich mit dem Strassenschmutz zu einem einzigen braun-schwarzen Brei, der Gesicht und Hände des Vagabunden bedeckte. Der Polizeibeamte stiess den Mann vor sich her durch die ängstlich zurückweichenden Menschen. Jetzt stand er vor uns, als plötzlich mein Freund erschrocken zusammenfuhr und vor sich hin sagte: "Den Mann kenne ich doch?!" - - Er sah noch einmal genauer hin und sagte dann erregt: "Ja, ein Irrtum ist ganz ausgeschlossen - es ist Tasso!" - - -

Wir gingen langsam weiter. In meiner Wohnung angelangt erzählte mir mein Freund dann die kleine Geschichte:

Es war, glaube ich, 1916. Wir lagen vor Verdun, der Hölle von Verdun, wie man immer sagen hört. Uebrigens ist das falsch, denn das Wort Hölle verkörpert doch immer noch gewissermassen einen Begriff, während das, was dort geschah, so über alle Massen grauenhaft und unfassbar war, dass kein Wort jemals genügen kann, um auch nur eine Vorstellung davon zu geben, welcher Verbrechen menschlicher Wahnwitz fähig ist. - - Der Himmel hing wie eine niedrige, graue Glocke tief herunter. Die bis ins Innerste um und um gewühlte Erde stand im ständigen Einschlagen der Geschosse wie ein dunkler Schleier am Horizont. Manchmal, wenn ein grosses Kaliber explodierte, spritzte der Dreck wie eine Fontäne zum Himmel. Und dazwischen wir Menschen - - dazwischen Menschen...."

Mein Freund schüttelte sich. Dann fuhr er fort:

"Wir lagen im zweiten Abschnitt in Ruhe. Soweit man das Ruhe nennen konnte, denn es verging kaum ein Tag, an dem nicht die Bombengeschwader der Franzosen herüberkamen. Wir hatten Ersatz bekommen, Nachschub, um die Lücken aufzufüllen. Alles kräftige, gesunde Männer. Mein Gliednachbar beim Exerzieren - jawohl, auch den Blödsinn gab es damals noch; wenn man aus dem Schlamassel vorn auf ein paar Tage zermürbt und verdreht herauskam, dann musste man noch stramm exerzieren - mein Gliednachbar also war Tasso, der Mann, den wir vorhin gesehen haben. Seine goethebegeisterte Mutter hatte ihm den Namen gegeben, und er musste sich manchen gutmütigen Scherz deswegen gefallen lassen. Da draussen schloss man sich schneller einander an als hier, und bald wusste ich denn auch Näheres von ihm. Er war ein feinnerviger, sensibler Mensch, ein Maler. Er hat mir auch einmal ein paar Fachzeitschriften gezeigt, in denen Bilder von ihm in anerkennender Weise besprochen worden waren. Zu Hause hatte er Frau und zwei Kinder, an denen er sehr hing. Täglich sass er in seiner freien Zeit und schrieb lange Briefe nach Hause. Er war ein Mustermensch, rauchte nicht, trank nicht - - aber den Anforderungen, die im Felde an uns gestellt wurden, stand er mit einer rührenden Unbeholfenheit gegenüber. Er war ein grosses Kind, der ganze Mann. - -

Die paar Tage Ruhe waren viel zu schnell vergangen - wir mussten wieder in die Stellung. Tasso war aufgeregt und zitterte halb unterdrückt, aber doch deutlich merkbar, am ganzen Körper. Seine empfindlichen Nerven, durch die täglichen Fliegerangriffe und den Anblick des ganzen Elends da draussen schon bis zum äussersten angespannt, schienen unter der Furcht vor dem drohenden Unbekannten da vor uns versagen zu wollen.

Wir empfinden unsre Schnapsration, die uns Mut einheizen sollte, bei Antritt des Marsches in die Stellung. Jeder Mann anderthalb Trinkbecher voll. Tasso wollte seinen Schnaps fortgiessen, aber wir hinderten ihn daran. "Trink nur, kannst es jetzt brauchen", rieten ihm die Kameraden, und dann drängten wir dem Widerstrebenden, halb mit Gewalt, das Zeug auf.

Dann ging es los. Wir kamen gleich wieder richtig rein. Die Franzosen machten einen Vorstoss, und wir mussten durch das Sperrfeuer hindurch. Wer selbst draussen gewesen ist, der weiss, was das hiess. Sprungweise ging es vorwärts, von Loch zu Loch. Die Nacht war zerrissen von den Einschlägen der Granaten, und die Lichtblitze der Leuchtraketen schnitten wie scharfe Messer in das Dunkel hinein.

Auf Tasso, der sich immer dicht an meiner Seite hielt, hatte der Schnaps die gegenteilige Wirkung wie auf uns ausgeübt. Er bot ein Bild des Jammers. Aufgeregt bis zum Wahnsinn wurde er von Schauern haltlos hin und her geschüttelt. Seine Zähne klapperten, die Augen starrten weit aufgerissen aus dem aschfahlen Gesicht, und in einem fort jammerte er die Namen seiner Frau und seiner Kinder vor sich hin. Ich sah, es würde irgend ein Unglück geschehen - aber konnte ich denn helfen? - - -

Und dann geschah es. Wir lagen gerade in einem Granattrichter, als dicht neben uns ein schweres Geschoss einschlug. Mit dem Krach und dem Regen von Dreck, der auf uns niederging, vermischte sich ein wahnsinniger Schrei. Ich sah auf Tasso. Der war augesprungen, schwankte ein paar mal haltlos hin und her, machte dann kehrt und rannte - rannte - sinnlos und von Entsetzen gejagt, immer zurück, immer weiter, bis ich ihn aus den Augen verlor.

Später erfuhr ich dann, dass er wegen Flucht vor dem Feinde zu einer schweren Strafe verurteilt worden war. Ich dachte damals noch: Armer Tasso, wann wirst Du Deine Frau und Deine Kinder wiedersehen?" - -

Mein Freund schwieg. Dann sagte er langsam: "So hat er nun geendet - als Vagabund im Asyl - und als Säufer. Wer weiss... wenn wir ihm damals nicht den Schnaps aufgedrängt hätten - - später ist er ihm dann wohl Trost und letzte Zuflucht geworden. - - - Und da gibt es immer noch Menschen, die den Krieg wollen....."

Walter Schirmeier.

---

### Der tragische Schmerz.<sup>x</sup>

---

SPD. Der berühmte englische Shakespeare-Darsteller John Henry Irving hatte auf das Zureden einiger guter Freunde hin, die er in Londoner Kaufmannskreisen besass, eingewilligt, einem jungen Mädchen, das mit leidenschaftlicher Liebe am Theater hing, Unterricht in der Schauspielkunst zu erteilen. Als geschworener Feind alles künstlerischen Dilettantentums hatte er sich nur schwer von der Ansicht abbringen lassen, dass derartige Unterrichtskurse, die in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Mode zu kommen begannen, nichts als eines der vielen Mittel seien, Töchtern des besseren Bürgerstandes, denen noch kein Freier erschienen war, eine ernsthaftige Beschäftigung vorzutäuschen. Aber die aufrichtige Hingabe des Mädchens an das Studium, ihr wohltönendes Organ, ihre klare und reine Sprechweise, die natürliche Anmut ihrer Bewegungen, und nicht zuletzt ihre auserlesene Schönheit hatten schliesslich vermocht, seine Vorurteile zu überwinden. In ihren Augen sah er etwas von jener tiefen tragischen Melancholie brennen, die die Natur des grossen Künstlers unverkennbar bezeichnet. Mit ihrem herben Wesen schien sich zugleich das Feuer eines leicht aufschäumenden Temperaments zu verbinden - lauter Eigenschaften, die ihr eine Laufbahn von ungewöhnlicher Art eröffneten, wenn sie die Bühne betrat. So

entschloss Irving sich, dem jungen Mädchen den Weg dazu zu ebren.

Aber nicht, ohne sie vorher zu prüfen, wollte er den Unterricht beginnen. Er bestellte sie daher eines Tages in seine Wohnung und legte ihr eine Rolle Shakespeares vor, von der er annehmen konnte, dass sie am meisten dem schwermütigen und zugleich Leidenschaft ausdrückenden Naturell seines Schützlings entsprechen würde. Es verlangte keine rezitatorische Leistung von ihr; vielmehr lag ihm daran, festzustellen, wie weit sie eine Rolle, die ihrer persönlichen Anlage nahe lag, durch natürliche Empfindung erfüllen konnte. Es war die Rolle der Julia, der verlassenen, leidenschaftlich betrübten Geliebten aus dem selten aufgeführten Lustspiel "Die beiden Veroneser". Irving wählte gerade dieses Stück, das damals seit mehr als 50 Jahren an keinem englischen Theater mehr gegeben worden war, um den Einfluss eines Vorbildes auszuschliessen.

Er suchte ihre Einbildungskraft dadurch zu entflammen, dass er ihr die Enttäuschung dieser von ihrem Geliebten im Stiche gelassenen und betrogenen Edeldame schilderte. Bei der Ausmalung der Schuld des eidbrüchigen und wankelmütigen Proteus geriet er selber so in Feuer, dass er in überströmender Empfindung ausrief: "Zeigen Sie nun Ihr Herz, Fräulein, denn auf den tragischen Schmerz kommt alles an! Seien Sie ein mitfühlender Mensch, und Sie werden eine vertreffliche Schauspielerin sein!" Das Mädchen begann. Aber ihr Vortrag war kalt und seelenlos. Da kochte es in dem grossen Empfinder des vielfachen Menschenschicksals ungeduldig auf. "Wie", rief er, "Sie bleiben kalt, Fräulein, wo es sich um Sein und Nichtsein handelt? Rührt sie das Schicksal dieses um seine höchsten Erwartungen betrogenen Mädchens nicht, und Sie sind doch selbst ein Mädchen? Sehen Sie mich an; ich bin ein Mann. Aber ich empfinde mit jenem unglücklichen Geschöpf, in dem Augenblick, wo ich seine Worte spreche, so tieftragisch mit, dass ich weinen muss". Und dabei traten schwere Tränen der Trauer in seine Augen.

"Weinen Sie doch! Schluchzen Sie doch!" schrie er. "Erheben Sie Ihre Stimme zu flammender Anklage!" Aber das Mädchen wiederholte mit kühlem Vortrage die Verse aus dem Buche und nicht weniger steif als das erste Mal.

"Denken Sie sich", sagte der Schauspieler, "Sie selbst wären diese leidende Seele! Denken Sie sich, Sie selbst hätten einen Geliebten gehabt, den Sie leidenschaftlich liebten, und der nicht nur Ihre Neigung erwiderte, sondern Ihnen tausend Eide schwur, Sie nie zu verlassen! Und nachdem Sie sich lange spröde gegen ihn erwiesen, hätten Sie seiner glühenden Beredsamkeit und seiner treuen nie ermüdenden Zärtlichkeit geglaubt und Ihre ganze Zukunft auf ihn gestellt. Was würden Sie nun tun, wenn Sie eines Tages unversehens erfahren müssten, dass gerade er, dem Sie wie keinem anderen Menschen Ihr Zutrauen geschenkt hatten, dem Sie Ihr Innerstes entblössten, dem Sie sich ganz hingegeben haben, dass gerade er ein Unwürdiger war, der in demselben Augenblick wortbrüchig wurde, als ihm ein neues Abenteuer über den Weg lief?!"

"Mein Herr," antwortete das Mädchen, und seine Augen blickten ihn mit tiefer Melancholie an, "oh - - ich würde mir einen anderen nehmen -". - -

Von diesem Tage an, so erzählt man, hat John Henry Irving nie mehr einem jungen Mädchen aus dem Bürgerstande Shakespeare-Unterricht erteilt. Die junge Dame aber vermählte sich kurze Zeit darauf mit einem Londoner Grosskaufmann.

Walter Meckauer.

## Feuergänger.<sup>x</sup>

SPD. Maritzburg ist eine kleine Stadt der südafrikanischen Union, in der zahlreiche Hindus leben. Einige dieser eingewanderten Inder haben dort eine Sekte der "Feuergänger" gegründet, die sich aus fast ebenso vielen Engländern wie Asiaten zusammensetzt. Diese Sekte veranstaltet von Zeit zu Zeit eine öffentliche Vorführung ihrer magischen Künste. Zu diesem Zwecke wird auf dem Marktplatz von Maritzburg ein riesiger Scheiterhaufen angezündet. Die glühende Holzkohle wird in einen 15 bis 20 Meter langen Graben geschüttet, und die Zeremonie kann beginnen.

Ein Mitarbeiter einer australischen Zeitung, der kürzlich Gelegenheit hatte, einem solchen Schauspiel beizuwohnen, berichtet darüber: "12 Männer erscheinen auf dem Platze, von denen 4 Engländer und 8 Hindus sind. Sie gehen barfuss. Um den Hals tragen sie eine Blumengirlande. Mit halbgeschlossenen Augen, Gebete murmelnd, nähern sie sich im Gänsemarsch dem Feuergraben und betreten ihn mit den nackten Füßen. Keine Muskel zuckt in ihrem Gesichte. Die zahlreich versammelten Anhänger der Sekte brechen in laute Beifallsrufe aus.

Plötzlich wankt ein junger Engländer, der noch einige Schritte über den Graben zu machen hatte, und fällt ohnmächtig um. Man bringt ihn in ein Krankenhaus. Der Arzte stellen fest, dass seine Füße grässlich verbrannt sind. Später äusserte er, die Beifallskundgebungen der Zuschauer hätten ihn in seiner "Zwiesprache mit dem höchsten Wesen" gestört." - - -

Diese Sitte des Ganges über Glut (die in Europa die mittelalterliche Parallele des "Gottesgerichtes" - Gang über glühende Pflugscharen - hat) ist eigentlich bei den Magiern Polynesiens beheimatet. Dort werden grosse Steine glühend gemacht, über die die Wundermänner spazieren. Europäer, die die Prozedur mit ansahen, haben kurz nach dem Gange über die Steine die Füße eines solchen Magiers untersucht und fanden die Sohlen völlig unversehrt.

Eine Erklärung für das Wunder bietet ein einfaches physikalisches Experiment: man lasse auf eine mässig warme Metallplatte einen Wassertropfen fallen; der Tropfen wird sofort verschwinden. Wenn die Platte aber sehr heiss ist, nimmt der Tropfen Kugelform an, rollt umher und verschwindet erst nach und nach. Ebenso kann man einen angefeuchteten Finger in siedendes Oel stecken, ohne dass er verletzt wird. Wenn der Tropfen nämlich auf die heisse Platte fällt, so bildet er Dampf von hoher Spannung, der ihn einhüllt und gewissermassen eine Scheidewand bildet. Erst wenn sich kein Dampf mehr entwickeln kann, verschwindet der Tropfen.

So darf man mit ziemlicher Sicherheit bei den Feuergängern annehmen, dass sich durch die grosse Hitze an der Sohle Schweiß absondert, der dann verdunstet und die Sohle von der Glut isoliert. Diese "Dampfsoble" wirkt natürlich nur eine gewisse Zeit. Der junge Engländer, von dem die australische Zeitung berichtet, war unvorsichtig genug gewesen, eine Sekunde zu zögern und wurde verbrannt.

Man kann sich vorstellen, wie solch ein Schauspiel auf primitive Zuschauer wirkt, wenn schon die staunenden Europäer nicht gleich eine Erklärung bei der Hand haben.

---

SPD. Gefährliches Fieber.<sup>x</sup> Ein französischer König liess einmal seinen Minister lange im Vorraum warten und entschuldigte sich später damit, er habe Fieber gehabt.

"Ich weiss es, Majestät", erwiderte der Minister. "Ich sah es durch die Türe hinausgehen. Es trug malvenfarbene Unterwäsche!"

---

## Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

34)

SPD. Oft gingen sie nach fertiger Reinigung und Instandsetzung der Lampe bei Ebbe hinunter und legten sich zwischen die Felsen. Dort blieben sie mit schweren Augenlidern, gewiegt vom Geräusch des Wassers und erwärmt von der Sonne, ohne zu denken. Sie sprachen nur miteinander, um sich ein Tier oder einen de auf hoher See vorüberziehenden Dampfer zu zeigen; sie bewegten sich nur, um ihr Feuerzeug zu benutzen oder ihre schwarzen Pfeifen zu reinigen.

Eines Tages zeigte Redec auf etwas, was als blasser Punkt gegen die Unendlichkeit nur mühsam zu fliegen schien.

"Sieh mal hin", sagte er, "ist das nicht ein Schmetterling?"

Le Moal blinzelte unter der schützend vorgehaltenen Hand:

"Ja..., das ist doch...."

"Das arme Tier sollte nach der Küste fliegen..." meinte Redec, "draussen gibt es nichts zu knabbern...."

Der Schmetterling, den ein sanfter Landwind so weit hinausgetrieben hatte, verlor seine Kraft; er fiel aufs Wasser, blieb mit einem Flügel hängen und schlief mit dem anderen in der Luft.

Redec war aufgestanden.

"Wirklich, das tut mir weh, so etwas mitanzusehen..."

Er holte einen Angelstöck.

"Das nützt ja nichts", meinte Le Moal, "wenn du ihn auch herausfischst - er muss ja krepieren, denn wir können ihn hier nicht ernähren."

"Ich muss ihn trotzdem holen", meinte der andere.

Er streckte vergeblich mit ausgestrecktem Arm die Rute hinaus. Er konnte den auf der Oberfläche tanzenden Schmetterling nicht erreichen.

Redec, bis zu den Knien im Wasser, liess nicht nach. Plötzlich verschwand der Schmetterling. Man sah nur noch das Meer, das grenzenlose, unendliche Meer. Die beiden Männer waren durch diesen Tod fast niedergeschlagen. Ein Schmetterling hatte genügt, um ihnen den Frühling bewusst zu machen, und eben war der Frühling ihnen geraubt worden. Und sie dachten an die Felder daheim, an die Farnheiden, dann die feuchte Morgendämmerung die Netze der Spinnen erglänzen lässt, und an das Heidekraut, das nach Honig duftet. In diesem Gefängnis aus Stein, inmitten der unfruchtbaren Felsen, die von rostfarbenen Pflanzen übersponnen sind, dachten sie an die schlanke Spindelform der blühenden Birnbäume, an frisches Gras und das rosige Weiss des Hagedorns. Le Moal fragte sich, ob die ersten Keime wohl schon in seinem kleinen Garten getrieben hätten, den das Haus vor den Seewinden schützte. Redec dachte an die von Hecken umsäumten Pfade, auf denen die Verliebten gehen. Er sah Winkel in der Heide und Gräben vor sich, die Zärtlichkeiten unter freiem Himmel begünstigten. Während diese Erinnerungen in den beiden Verbannten die gleiche Sehnsucht nach Grün hervorriefen, weckte die Kraft des Frühlings auch moralische und physische Fähigkeiten in ihnen, gleichsam einen noch nicht angegriffenen Vorrat an Kameradschaftlichkeit mit einem unklaren Bedürfnis, etwas zu schützen und geduldig und väterlich zu sein. Diese Art unbestimmter Gutmütigkeit, die in der Aprilluft liegt, erfüllte ihre rauhen Herzen. Und da sie niemanden hatten, den sie lieben konnten, stürzten sie sich mit neuem Eifer auf ihre Arbeit und putzten und reinigten mit geradezu fieberhafter Hast. Aber oft wurden sie von berauschernder Mattigkeit ergriffen; dann kehrten sie zu ihren Felsen zurück und blieben in der Sonne liegen.

Noch niemals hatte man in der Bretagne eine so anhaltende Stille beobachtet. Der Wind wehte schon lange nicht mehr, der Ozean war gründlich zur

Ruhe gekommen und glich einem Fluss. Die Flut kam Schritt für Schritt, die Ebbe gab eine Klippe nach der anderen frei, ohne dass eine Furche des Meer entstellte.

So kam auch das Leben zu voller Entfaltung. Die schüchternsten Lebewesen kamen aus ihren Löchern. Andere, die an die Küste gewohnt waren, wagten einen Flug ins Weite. Zwei Seeschwalben bauten sogar am Leuchtturm ihr Nest in der vom Treppenfenster gebildeten Mauervertiefung, denn das Fenster wurde nie geöffnet.

Redec bemerkte es zuerst.

Er hatte schon öfters Flügelschlag am Fenster gehört. Eines Tages packte ihn die Neugierde. Er hängte sich an den Steinvorsprung, machte einen Klammzug und sah ein Nest vor sich, in dem vier Eier lagen. Winzige Steinsplitterchen, Muschelstückchen und Tangfäden, die durch eine Art Mörtel miteinander verbunden waren, bildeten den soliden Bau, der in einem der inneren Fensterwinkel angelegt war.

Etwas so Unbekanntes wie das Gesicht eines Menschen hatte die erschreckte Mutter in die Flucht gejagt.

"Hallo!" rief Redec, als er wieder auf die Erde gesprungen war.

"Was Neues?" fragte Le Moal, der ganz oben in der Laterne arbeitete.

"Etwas schönes Neues! Komm vorsichtig hierher, es lohnt sich."

Man hörte Le Moals Schritte auf der Steintreppe.

"No, was gibts denn."

Redec hob ihn empor, bis er sehen konnte.

Am meisten waren sie von der Tatsache überrascht, dass Vögel so weit vorgedrungen waren.

Am Tage sprachen die beiden Männer noch verschiedentlich über das Nest. Es war eine Zerstreuung an einem Ort, wo Zerstreuungen selten sind und die geringste an Bedeutung gewinnt.

Als Redec am nächsten Morgen nach dem Verlöschen des Feuers herunterkam, fand er Le Moal sehr beschäftigt. Er befestigte an einem Schemel zwei Verlängerungen aus Holz, damit er auf der Treppe stehen könne. Als er fertig war, gingen sie zusammen ans Fenster und beobachteten abwechselnd.

Das Weibchen brütete. Man sah seine schwarzen, glänzenden Augen und die über das Nest gebreiteten Federn.

Von Zeit zu Zeit kam das Männchen zurück und brachte etwas im Schnabel. Es neigte sich mit zum Aufflug wieder ausgebreiteten Schwingen, schnäbelte gleich einem Kuss und flog wieder davon.

"Reizend, nicht?" fragte Redec und war bereit gerührt zu sein.

Auch Le Moal konnte sich einer zärtlichen Anteilnahme nicht enthalten. Unter diesen besonderen Umständen wurde seine für gewöhnlich harte Bauernnatur weich. Er fühlte plötzlich etwas Väterliches in sich, für die kleinen Tierchen die so zutraulich waren.

Sie machten es sich zur Gewohnheit, nach jeder Mahlzeit die Brotkrumen zu sammeln und auf die Stufen zum Turm zu legen. Sie freuten sich, wenn nach einer Stunde der Platz leer war.

Das Auskriechen wurde zu einem Ereignis!

Redec war Augenzeuge. Er sah, wie sich die Mutter am Rande des Nestes fest hielt, und in jedes Ei ein Loch machte, während der Vater, unruhig und rumgeschwehlt, ohne weit fortzufliegen, in der Luft beständig Kreise beschrieb.

Le Moal, der kein Geräusch hörte, vermutete, dass Redec auf Wache sei. Er wollte zu ihm gehen. Der andere winkte mit der Hand, er solle leise sein. Alle beide stiegen auf den Schemel und fassten sich um die Hüften, um nicht zu fallen. Redecs bärtiger Kopf drückte sich neben Le Moals knochigem Gesicht unbeweglich gegen die Scheibe. Die Mutter pickte an den Eierschalen und hackte kleine Stücke heraus. In den erweiterten Öffnungen erschienen blassgeränderte Schnäbel, dann kahle Schädel mit halbgeschlossenen Augen, die noch von einer bläulichen Haut bedeckt waren.

(Fortsetzung folgt.)

# Deutscher Reichstag

152. Sitzung vom 1. April 1930.

SPD-Haus und Tribünen sind stark besetzt. In der Diplomatenloge haben zahlreiche Vertreter auswärtiger Mächte Platz genommen. Am Regierungstisch erscheinen der Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des neuen Reichskabinetts.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 4 Uhr und teilt mit, dass die Abgg. Dr. Wunderlich (DVP) und Schiele (Dntl) ihre Reichstagsmandate niedergelegt haben. Der Präsident gibt weiter die neue Ministerliste bekannt.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Brüning

(von den Kommunisten mit dem Zuruf: "Hungerkanzler!" empfangen) führt aus:

Indem ich die neue Reichsregierung vorstelle, ergreife ich die Gelegenheit um dem scheidenden Herrn Reichskanzler für seine hingebende, von ernster Sachlichkeit getragene Arbeit den Dank auszusprechen, den ich auch auf die aus-scheidenden Herren Reichsminister ausdehne. (Schmährufe der Kommunisten, der Präsident mahnt zur Ruhe.) Das neue Reichskabinett ist an keine Koalition gebunden, doch konnten bei seiner Bildung natürlich die Parteienverhältnisse nicht unberücksichtigt bleiben. Diese Regierungsbildung hat den Zweck, die für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstag durchzuführen. (Hört! Hört!) Eine weitere Verzögerung kann niemand verantworten. Die Stunde erfordert schnelles Handeln. Darum erwarten Sie von mir nicht ausführliche Erklärungen über die beabsichtigten Massnahmen im einzelnen. Die neue Regierung wird Deutschlands Lebensinteressen in organischer Weiterentwicklung der bisherigen Aussenpolitik aktiv vertreten. (Hört! Hört! rechts) Nationales Selbstbewusstsein und Vertrauen in die innere Kraft des eigenen Volkes, das sind die Grundlagen zur besten Erkenntnis der Möglichkeiten für den Wiederaufstieg Deutschlands, der nur in friedlichem Zusammenwirken mit allen anderen Völkern geschehen kann, Loyale Durchführung der internationalen Vereinbarungen (hört! hört! rechts), weiterer Ausbau des Verhältnisses, in dem wir seit langem zu vielen Staaten stehen, mit denen wir Freundschaftsverträge haben, Förderung der internationalen Zusammenarbeit, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet zur Bewältigung der schwierigen Lage des eigenen Volkes wie der weltwirtschaftlich verknüpften Wirtschaft, das sind die Grundlagen unserer Politik. Das Ziel bleibt ein wirtschaftlich gesundes, politisch freies und gleichberechtigtes Deutschland, das seinen Wiederaufbau im Schutz des Friedens vollenden kann und ein unentbehrlicher Faktor in der Gesamtheit der Staaten sein muss.

Besonders herzlich gedenkt in dieser Stunde die Reichsregierung der Rheinlande, deren Befreiung von fremder Besetzung unmittelbar bevorsteht. (Zurufe links) Es darf nicht vergessen werden, die Treue, die die Bevölkerung des besetzten Gebietes in den schwersten Stunden dem Reiche gehalten hat, dessen Fürsorge ihr in Zeiten der Not gesichert sein muss. Alsbaldige Rückgliederung des Saargebietes zur Vollendung des begonnenen Befreiungswerkes ist das Ziel der nachdrücklich zu fördernden Saarverhandlungen.

Innenpolitisch gibt unsere Lage angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Notstände und der mit ihnen verbundenen radikalen Strömungen Anlass zu besonderer Wachsamkeit. Diesen Strömungen lässt sich nicht nur mit dem Einsatz staatlicher Mittel begegnen, sie müssen in erster Linie durch wirtschaftliche Aufbauarbeit behoben werden. Die Reichsregierung fühlt sich stark genug, mit den Mitteln, welche das Grundgesetz unserer staatlichen Ordnung, die Weimarer Verfassung, der Deutschen Republik zur Verfügung stellt, allen gefährlichen Be-

drohungen entgegen zu wirken. (Beifall -- Lärmende Zurufe der Komm.) Mit tiefem Ernst nimmt die Reichsregierung die Mahnung zur nationalen Einigung auf, die der Herr Reichspräsident am 13. März an das Deutsche Volk gerichtet hat. Erbitterte Kämpfe um aussenpolitische Fragen haben das Deutsche Volk zerrissen. Nach der Entscheidung dieser Kämpfe wollen wir das Werk der Versöhnung in Angriff nehmen. (Zurufe der Komm.: Hugenberg) Was unser Volk zum gemeinsamen Denken und Handeln, zur Zusammengehörigkeit zwingt, wird im Mittelpunkt unseres Wirken stehen. Der Blick muss auf die gemeinsame Not und die gemeinsam zu beschliessende Abhilfe, und nicht auf das Trennende gerichtet sein. Alle infolge der langjährigen Verhandlungen über den Youngplan noch nicht erledigten finanziellen und wirtschaftlichen Massnahmen müssen sofort durchgeführt werden. Sanierung der Finanz- und Kassenlage, Unterstützung der Länder und Gemeinden in ihrer schwierigen Finanzlage ist das Dringendste. Ohne schnelle Ordnung der Kassen- und Finanzlage fehlt die Gewähr der dringend notwendigen Entlastung der Wirtschaft und der Milderung der Arbeitslosigkeit. (Sehr richtig! im Zentrum)

Durch Übernahme des von dem jetzigen Reichsfinanzminister aufgestellten Entwurfs eines Reichshaushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1930 können die Arbeiten des Reichsrats in den festgesetzten Fristen durchgeführt werden. Die Reichsregierung übernimmt das zu diesem Haushaltsplan gehörende Deckungsprogramm in der Form des letzten Vermittlungsvorschlages der bisherigen Regierungsparteien mit der finanziellen Sicherung der Arbeitslosenversicherung, der gesetzlichen Festlegung der Steuersenkung und der Ausgabenersparnis, was zusammen ein einheitliches Ganzes bildet. Neue Steuerlasten zur Sanierung der Kassenlage sind nur tragbar, wenn sie im Rahmen eines auf weite Sicht gestellten Schritt für Schritt durchzuführenden Gesamtprogramms stehen. Eingehende Sparvorschläge auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens werden in kürzester Frist von der Reichsregierung den zuständigen Körperschaften unterbreitet werden. Diese Sparmassnahmen sollen nicht von einem antisozialen Geist getragen sein. (Andauernde Schimpfrufe der Kom., zwei von ihnen werden zur Ordnung gerufen.) Sie haben lediglich den Zweck, zur Senkung der Steuern, zur Hebung der Produktivität der Wirtschaft, zur Stärkung der Kreditwürdigkeit Deutschlands beizutragen (Beifall). Sie sollen Raum schaffen für die Senkung der auf dem Handwerk und dem gesamten städtischen und ländlichen Mittelstand besonders schwer lastenden Realsteuern. Die Regierung ist von ernster Sorge erfüllt über die Notlage des gewerblichen Mittelstandes; sie wird alle Kräfte einsetzen, um den gewerblichen Mittelstand gemäss Art. 164 der Reichsverfassung vor Überlastung und Aussaugung zu schützen. (Beifall)

Die Notwendigkeit einer planmässigen, auf Wirtschaftlichkeit und Ersparnisse gerichteten Vereinfachung auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung schafft die Garantie und die Voraussetzung für die Weiterverfolgung der Sozialpolitik, die als eine staatliche Notwendigkeit von der neuen Reichsregierung unbedingt anerkannt wird. Finanzielle, soziale und wirtschaftliche Aufgaben müssen von einheitlichen Gesichtspunkten aus angefasst werden.

Gerade von diesem Standpunkt aus ist das Rettungswerk unserer in schwerstem Ringen um die Existenz kämpfenden Landwirtschaft vordringlich. Die Agrarkrise hat in besonders bedrohten Landesteilen den Charakter einer allgemeinen Volks- und Staatskrise angenommen. Die Landwirtschaft hat wie jeder andere Stand, der unverschuldet ins Elend und in Lebensgefahr geraten ist, das Recht auf die Hilfe des Staates. (Beifall rechts) Stützung und Wiederbelebung der ländlichen Wirtschaft ist das wirksamste Mittel zur Drosselung der Landflucht und zur Schaffung neuer Absatz- und Arbeitsmöglichkeiten für Gewerbe und Arbeiterschaft. Von hier aus muss der Druck auf den Arbeitsmarkt und die ständige Bedrohung der Lebenshaltung des Deutschen Volkes beseitigt werden. (Sehr wahr! im Zentrum) Deshalb ist die Regierung entschlossen, in Fortführung und Erweiterung der von dem bisherigen Reichsernährungsminister bis in die letzten Tage

getroffenen Massnahmen ein umfassendes und durchgreifendes Hilfeprogramm für die Landwirtschaft schleunigst zu verwirklichen. Sie scheut dabei angesichts der ernststen Lage nicht vor aussergewöhnlichen Mitteln zurück. Die Reichsregierung ist davon überzeugt, dass nur auf diesem Wege der drohende Zusammenbruch der Landwirtschaft aufzuhalten, eine wesentliche Besserung der gegenwärtigen Krise und dadurch eine Wendung der Lage dieses Berufsstandes herbeizuführen ist. So wird auch den deutschen Bauern der Mut zu lebendigem Schaffen aus eigener Kraft wieder erwachsen. Die Regierung hat bereits mit der Ausarbeitung der notwendigen Gesetzesvorlagen begonnen. Diese Massnahmen schaffen allein nicht die Gewähr, um das deutsche Volkstum in der Ostmark wieder fester mit seiner Heimat und seiner Scholle zu verbinden. Durchgreifende und umfassende Osthilfe, Zug um Zug mit dem allgemeinen Agrarprogramm, ist hier eine besondere Notwendigkeit. (Beifall i. Zentrum und rechts) Umschuldung und Entschuldung, Zins- und Lastensenkung, Ordnung der Kreditverhältnisse stehen im Vordergrund. Festigung und Erhaltung der bestehenden wirtschaftlichen Betriebe schaffen erst die Möglichkeit einer zielbewussten Bauern- und Arbeitersiedlung. Zur Deckung dieser notwendig werdenden Ausgaben wird die Reichsregierung ohne den Steuerzahler neu zu belasten, eine besondere Vorlage unterbreiten. In Übereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten hat sich die Reichsregierung zu diesem Vorgehen entschlossen. Gesundung der östlichen Landwirtschaft ist die Grundlage nationaler und volkspolitischer Rettung des deutschen Ostens. (Sehr wahr! bei den Reg. Parteien.)

Die Reichsregierung wird an diesen Vorschlägen und an ihrer schnellsten Durchführung unter allen Umständen festhalten. Sie ist gewillt und in der Lage, alle verfassungsmässigen Mittel hierfür einzusetzen. Das Werk des versöhnenden Ausgleichs zwischen den einzelnen Berufsständen und Schichten der Bevölkerung verträgt keinen Verzug. Diesem Gedanken muss auch der Reichstag in seiner Stellungnahme zur neuen Reichsregierung Rechnung tragen. Parteipolitische Erwägungen müssen in dieser Stunde in den Hintergrund treten. (Hört! Hört! - Beifall der Regierungsparteien.) Sachliche Einstellung zu diesem Programm des Kabinetts allein sichert die Zukunft des Deutschen Volkes. (Beifall und Händeklatschen der Regierungsparteien, gellende Pfuirufe der Kom.)

Präsident Löbe teilt mit, dass die Kommunistische Fraktion den Antrag eingebracht hat: "Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages." Die nächste Sitzung schlägt der Präsident für Mittwoch, 10 Uhr vor.

Abg. Schultz-Bromberg (Dntl) wünscht, dass die Debatte erst am Donnerstag beginne. - Abg. Dr. Scholz (DVP) macht den Vermittlungsvorschlag, um 12 Uhr zu beginnen. - Abg. Dr. Breitscheid (Soz) schliesst sich diesem Vorschlag an. - Abg. Schultz-Bromberg (Dntl): Wir sind überhaupt nicht für eine Sitzung am Mittwoch, weder um 10 noch um 12 Uhr. Stimmen Sie ab, wie Sie wollen. (Heiterkeit).

Der Antrag Schultz-Bromberg wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt. - Schluss: 16 Uhr 20.

# Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 1. April (Eig. Ber.)

In der Dienstagsitzung des Landtags wurde die Aussprache über den Kultusetat beim Abschnitt "Volksschulen-Geistliche Verwaltung" fortgesetzt.

Abg. Schwarzhaupt (DVP) erklärt, dass vieles von dem richtig sei, was der Minister Grimme vorgetragen habe. Sein Wort, dass Besitz objektiv Schuld ist am sozialen Elend, sei bedenklich, es sei aus dem Weltbild des religiösen Sozialisten. Er habe sich als Exponent einer Nachtruppe bezeichnet und werde sich deshalb auch den Einflüssen der sozialdemokratischen Fraktion nicht entziehen können. Seine Fraktion werde die Stellung zu ihm abhängig machen von seinen Taten. Die weltlichen Schulen seien Kampfschulen gegen den religiösen Geist. Weder in der Schule noch in der Familie dürfe der Staat herabgesetzt werden.

Abg. Dr. Bohner (Dem.) widmet der Tätigkeit des ausgeschiedenen Ministers Dr. Becker, der ein guter Republikaner gewesen sei, warme Worte der Anerkennung. Die Formulierung des Ministers, dass Besitz objektive Schuld am Proletariat ist, sei nicht glücklich gewesen. Der staatsbürgerliche Unterricht in den Schulen dürfe nicht nur im Lernen von Verfassungsbestimmungen bestehen.

Abg. Rhode (WP) verlangt Fernhaltung der Schule und der Lehrer von der Politik und Achtung vor der grossen Vergangenheit. Das Bildungsprivileg könne man nicht durchbrechen, wenn man immer neue pädagogische Akademien errichte.

Abg. Frelle (Dt. Frakt.) erklärt, dass das Christentum über genügend sittliche Kräfte verfügt, eine neue Kultur aufzubauen. Die weltlichen Schulen seien ganz offensichtlich bevorzugt worden.

Abg. Dr. Ley (Nat. Soz.) stellt fest, dass es in dem Kampf der religiösen mit der antireligiösen Weltanschauung keine Toleranz, sondern nur Sieg oder Untergang gäbe. Der Minister habe recht, als er sagte, dass der Führer sich nicht von der Masse entfernen dürfe. Er solle aber auch voranschreiten. Vor allem wäre es seine Aufgabe, die deutsche Kultur vor fremden Einflüssen zu schützen.

Abg. Lindner (Chr. soz. Volksd.) wendet sich gegen die weltlichen Schulen und gegen das Berechtigungsunwesen.

Abg. Kleinspehn (Soz.)

Zum ersten Male seit Bestehen der Republik sind in diesem Jahre die Zuschüsse des Staates für die Kirchen, trotz des inzwischen abgeschlossenen Konkordats mit seiner Mehrbelastung, über die des Vorjahres nicht hinausgegangen. Wir hoffen, dass das auch noch der Fall sein wird, wenn der Vertrag mit der evangelischen Kirche abgeschlossen sein sollte. Trotz der Erklärung des Ministers, dass er zu Vertragsverhandlungen der evangelischen Kirche ermächtigt worden ist, drängen die protestantischen Kreise und ihre Vertreter hier im Landtag auf Beschleunigung derselben. Generalsuperintendent Dibelius hat erklärt, dass dabei Geben und Nehmen auf beiden Seiten sein müsse. Bis jetzt ist allerdings nur das Geben auf der Seite des Staates gewesen (Sehr wahr bei den Soz.). Trotz der 80 Millionen Subventionen jährlich für die Kirche halten die kirchlichen Kreise diese Summe für eine Selbstverständlichkeit, obwohl wir überall eine fortschreitende Verweltlichung des öffentlichen Lebens und damit eine Verminderung des Einflusses der Kirche feststellen müssen. Das beweisen nicht allein die Kirchengaustritte, sondern auch der immer geringer werdende Kirchenbesuch. Selbst in kirchlichen Kreisen wird die Entkirchlichung der Kirche als viel gefährlicher empfunden, als der offene Abfall. Nach der kirchenamtlichen Statistik sind es in Hamburg 2% und in Berlin nur 1% der Kirchenanhänger, die

noch die Gottesdienste besuchen. In kleineren Orten muss sogar oft genug der Gottesdienst ausfallen. (Hört! Hört bei den Soz.) Unter solchen Umständen muss uns die Höhe der Staatlichen Zuschüsse an die Kirche unverständlich erscheinen. Aber merkwürdigerweise sind es gerade diese Kreise, die die Subventionierung der Kirche fordern und noch erhöhen wollen, die sich gegen die Sozialpolitik des Staates wenden. Ein Oberpfarrer bekommt es fertig, an den Reichsarbeitsminister zu petitionieren mit dem Ziele, nach dem alten Spiessbürgermotto "wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen" die Erwerbslosenfürsorge abzubauen. (Hört hört! bei den Soz.) Auf der Internationalen Kirchenkonferenz in Eisenach wurde auch davon gesprochen, dass in der heutigen Zeit kein Raum für soziale Betätigung ist. Diese Leute führen Christus im Munde und drücken um des Profites willen die Löhne! Es ist im Grunde noch dieselbe Auffassung, die vor dem Kriege ein Bischof bekundete: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben. (Sehr wahr bei den Soz.)

Es ist aber nicht allein die Einstellung der Kirche gegen die Sozialpolitik, die uns die Pflicht auferlegt zu kritisieren, sondern auch ihre staatsfeindliche Einstellung. Obwohl die obersten Stellen der evangelischen Kirche sich positiv zum heutigen Staat eingestellt haben, müssen wir im Lande in vielen Orten feststellen, dass die Geistlichen in engster Verbindung mit dem Stahlhelm gegen die Republik agitieren.— Der Redner führt dafür eine ganze Reihe von Beispielen an.— Hier ist von Toleranz, die gerade jene Kreise fordern, recht wenig zu spüren.

Diese Toleranz vermissen wir auch gegenüber der Freidenkerbewegung. Obwohl der Antrag angenommen wurde, dieser Weltanschauungsvereinigung Körperschaftsrechte zu geben, sind hier Stimmen laut geworden, dass dies solange nicht geschehen könne, als diese Bewegung den Kirchenaustritt propagiere. Diese Propaganda darf nicht anders gewertet werden, als die Tätigkeit jener Missionsgesellschaften, die für eine kirchliche Gemeinschaft werben (Sehr wahr/ bei den Soz.) Die starke Zunahme der Freidenkerbewegung hat nicht zuletzt ihre Ursache in der Kirche selbst, die heute ihren Weg abseits vom Volke geht. Man tut den Freidenkern unrecht, wenn man sie mit den Kommunisten identifiziert. Gerade die letzten Wahlen haben bewiesen, dass die Kommunisten völlig einflusslos sind soweit sie nicht überhaupt ausgeschlossen wurden. Wir dringen deshalb auf Beschleunigung der Verhandlungen mit dem Ziele, der Freidenkerbewegung endlich und auch aus Toleranz die Körperschaftsrechte zu geben. (Sehr gut! bei den Soz)

Die Kirche will die sozialen Ungerechtigkeiten nicht beseitigen, sie will bewusst die Erhaltung der heutigen Gesellschaftsordnung. Angesichts dieser Tatsachen darf sie sich nicht über die sich mehrenden Kirchenaustritte wundern. Die Toleranz, die die Kirche vom Staate fordert, ist bei ihr nicht zu finden. Es ist deshalb Pflicht des Staates, allen gegenüber tolerant zu sein, das heisst auch den Freidenkern gegenüber. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Koch-Oeynhaus (Dtn.) wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners. Man solle die Kirche ruhig ihren Weg gehen lassen. Die Frage der Körperschaftsrechte für die Freidenker sei nicht einfach zu lösen. Man könne heute von einer Säkularisierung des öffentlichen Lebens und von einer Bolschewisierung sprechen.

Abg. Linneborn (Ztr.) betont, dass die katholische Kirche den neuen Staat bejaht. Die Staatsautorität sei von Gott gewollt. Der Katholik sei allerdings an keine bestimmte Staatsreform gebunden. Aber nach der Niederlegung der Gewalt durch die früheren Fürsten habe die katholische Kirche den neuen Staat mit aufbauen helfen. Deshalb müsse die konfessionelle Schule erhalten bleiben. Das Zentrum sei auch für Anerkennung der gerechten Forderungen der evangelischen Kirche. Das politische Zusammenarbeiten von Zentrum und Sozialdemokratie habe nie zu einer Gesinnungsgemeinschaft geführt, denn in der Weltanschauung,

Landtag, Blatt 3

gebe es keine Aussöhnung zwischen katholischer Kirche und Sozialismus.

Weiterberatung Mittwoch 11 Uhr.

---

Landtags=Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, den 1. April (Eig. Ber.)

Der sozialdemokratische Kultusminister Grimme hat mit seiner Programmrede nicht nur eine gute Presse gefunden. Fast alle Redner, die im Preussischen Landtag in der am Dienstag fortgesetzten Debatte bei dem Kultusetat über den Abschnitt "Volksschule - Geistliche Verwaltung" zu Worte kamen, stellten ihm das Zeugnis aus, dass man es in ihm nach seiner Antrittsrede mit einer in sich geschlossenen Persönlichkeit zu tun habe, die weiss, was sie will. Grimmes Ausführungen über das Berechtigungsunwesen haben allgemeine Anerkennung gefunden. Aber zwei Dinge sind es, die allen bürgerlichen Fraktionen - mit Einschluss der Demokraten - missfallen haben. Der Minister hat sich einmal als Exponent einer bestimmten Machtgruppe bezeichnet und ausserdem den Satz geprägt dass Besitz objektive Schuld an dem sozialen Uebel sei.

Als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion setzte sich Abg. Klein spenn im Verlauf der Debatte mit der Kirche auseinander. Für die reaktionäre Einstellung namentlich der evangelischen Kirchen nicht nur in sozialpolitischer, sondern auch in rein politischer Beziehung konnte er zahlreiche Beispiele anführen. Im Hinblick auf die schwebenden Vertragsverhandlungen mit der evangelischen Kirche erklärte der Redner, dass gerade die Konfession, die jetzt vom Staate Toleranz verlangt, am aller unduldsamsten ist gegenüber der Freidenkerbewegung, die nach einem Beschluss des Landtags ebenfalls Körperschaftsrechte bekommen soll. Die Sozialdemokraten werden deshalb darauf bestehen, dass diese Toleranz von Seiten des Staates nicht nur geübt wird gegenüber der evangelischen und der katholischen Kirche, sondern auch gegenüber den Freidenkern, die sich nicht zuletzt durch die Schuld einer volksfremden Kirche so stark entwickelt haben.

Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt.

---